

ROT FUCHS

ZEITUNG DER GRUPPE BERLIN-NORDOST DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Revolution der Nelken

25. April 1974 - 25. April 1999

Gruß des früheren portugiesischen Ministerpräsidenten General Vasco Gonçalves an die Leser des „RotFuchs“ („Raposa Vermelha“)

Caros leitores da Raposa Vermelha

*Nr. passado de 25. aniversário da Revolução de Abril
Lendo saudáveis, felizes, robustos ideais que nos animaram
na luta pela libertação do homem e pela paz.*

*Foram estes, saudáveis, os ideais que animaram o
Movimento das Forças Armadas, em 25 de Abril de 1974,
a pôr fim à ditadura fascista em Portugal?
Queria que esta fosse a porta das celebrações*

Vasco Gonçalves

Abril de 1999

Teure Freunde des „RotFuchs“!

Anlässlich des 25. Jahrestages der Aprilrevolution grüße ich Euch im Sinne der edlen Ideale, die Euch im Kampf für die Befreiung des Menschen und für den Frieden beseelen. Diese Ideale waren es auch, die die Bewegung der Streitkräfte am 25. April 1974 ermutigten, der faschistischen Diktatur in Portugal und dem Krieg, den sie gegen die Völker der Kolonien führte, ein Ende zu bereiten.

April 1999

Vasco Gonçalves



INHALT

Revolution der Nelken	S. 1
„So wahr mir Gott helfe“	S. 2
* Genoske Scharpeng	
Das Münchener Abkommen von Rambouillet	S. 4
„Reichspropagandakompanie“	S. 5
* Deutsche Medien und der Krieg	
„Deutsche an die Front“	S. 6
Die Grünen in Feldgrau	S. 7
Die Menschenrechtskrieger	S. 8
Wir standen für den Frieden	S. 9
* Gedanken eines DDR-Berufssoldaten	
Für revolutionäre Wachsamkeit	S. 10
CIA und „deutsche Einheit“	S. 11
Wir und die PDS	S. 12
Antifa-Demo	S. 12
Demokratie in der DDR	S. 13
Wissenschaftlicher Sozialismus	S. 14
* Das „Bündeln“ linker Kräfte	
Reporterskizzen (12)	S. 15
Vor Madrid auf Barrikaden	S. 16
* Interbrigadist Hans Kahle	
Revolution und Konterrevolution	S. 17
* Die ungarische Räterepublik 1919	
Der Rote Stern im Kosmos	S. 18
* Juri Gagarin	
Zum Beispiel Bandera	S. 19
Am Rande bemerkt	S. 20
Leserbriefe	S. 21
Infos & Termine	S. 24



Das erste Plakat nach der Diktatur:
„So wird der Faschismus nicht zurückkehren!“

MFA. VASCO. POVO



Plakat der 5. Abteilung
des Generalstabs der
Streitkräfte

Karl-Eduard von Schnitzler kommentiert:

„So wahr mir Gott helfe!“

Der Sozialdemokrat Scharping war der einzige SPD-Minister, der bei der Eidesformel das christliche Gelöbnis hinzufügte: „So wahr mir Gott helfe!“ Er war auch der erste Politiker, der die Bombardierung Jugoslawiens während der Osterfeiertage einforderte.

Kriegsminister Scharping ist der vorläufige Höhepunkt einer sozialdemokratischen Entwicklung, die 1914 begann, als die SPD-Fraktion im Reichstag (der nun baulich und ideologisch wiedererstehen soll) den Krediten zustimmte, die Krupp und seinem Kaiser ihren Krieg ermöglichten. Der Sozialdemokrat Ebert tat sich als Kriegsverlängerer hervor und rief nach der Niederlage der Generale des Kaisers (dieser ging, sie blieben) telefonisch die geschlagenen Truppen zu Hilfe, um die kriegsmüden und der Junkerbande überdrüssigen Berliner hinzumetzeln. Der sozialdemokratische Kriegsminister Noske ernannte sich zum „Bluthund“, als es galt, durch Mord die Führer der deutschen Revolution zu beseitigen: Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Leo Jogiches. Die sozialdemokratische Regierung floh vor der Revolution ins brave Weimar, um fern von gefährlichen Arbeiterinnen und Arbeitern und unter Ausschluß aller Werktätigen eine Verfassung zu beschließen, die - fein verpackt unter gängigen demokratischen Leerformeln - die Herrschaft der alten Herren über Deutschland festigte. Als am 20. Juli 1932 ein Reichswehrleutnant mit sechs Mann die Preußenregierung absetzte, wickelte der sozialdemokratische Ministerpräsident (Herr der republiktreuen Polizei) „nur der Gewalt“. Der Weg ins Hitlerreich war frei. Noch im selben Jahr rief die SPD-Führung zur Wahl Hindenburgs auf und der berief Hitler zum Kanzler. „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“, hatte die KPD gewarnt. Nach dem vorprogrammierten Hitlerkrieg des deutschen Imperialismus (für den die SPD-Regierung rasch noch einen Panzerkreuzer hatte bauen lassen), verleumdete der SPD-Führer Schumacher in Hannover die Kommunisten als „rotlackierte Nazis“. Und der sozialdemokratische Kanzler Schmidt setzte die Kommunistenverfolgung später mit Sonder- und Blitzgesetzen fort und ließ die standhaftesten Antifaschisten und Anti-imperialisten (aber nicht nur sie) jahrelang mit Verketzerung, Polizei, Justizterror und Berufsverboten verfolgen.

Man hörte bis heute nichts von einer „Geschichtsaufarbeitung“ der SPD, geschweige denn von einer Entschuldigung. Der Weg vom kaiserlichen Reichstag bis zur Bonner Bomben-Regierung Schröder

und zum Kriegsminister Genoske Scharpeng (keine Druckfehler!) war folgerichtig. Doch er erfuhr sogar noch eine Steigerung. Denn bisher waren sozialdemokratische Führer nur Mitmacher, Fußvolkbeschaffer, Meinungsmißbildner. Nun aber sind sie Mittäter bei der Errichtung einer „neuen Ordnung“. Sie gehen sogar vorneweg.

Amerikas Präsident Bush dekretierte 1990 im Irak-Krieg: „Wir schaffen eine neue Weltordnung!“ Als Chef der Bundeswehr erließ der Bonner General Naumann „Verteidigungspolitische Leitlinien“, in denen Bundeswehreinätze gerechtfertigt werden für die „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungestörten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltordnung“. Inzwischen Vorsitzender des NATO-Militärausschusses, verkündete derselbe Naumann am 1. März 1999: „Wir leben in einer Welt, die in Unordnung ist. Alle Bemühungen, nach Ende des Kalten Krieges eine neue Weltordnung zu schaffen, sind bisher gescheitert.“ Bisher ...

Mit der NATO wurde 1949 die halbherzige Antihitlerkoalition endgültig aufgekündigt und ein antisozialistisches, antisowjetisches Kriegsbündnis geschaffen. Dazu bedurfte es der „Osterfahrgang“ deutscher Militärs. So gerieten uniformierte Kriegsverbrecher und viele zivile Nazigrößen als wertvolle Verbündete in den Nordatlantiktakt. Und die SPD war immer dabei! Nur der Sowjetarmee, dem Warschauer Vertrag und auch der Nationalen Volksar-

mee der Deutschen Demokratischen Republik ist es zu verdanken, daß es bis 1990 keinen Krieg gegeben hat. Ohne die sozialistische Staats- und Militärmacht aber kam es zum amerikanischen Krieg in Irak, zu NATO-Soldaten in Somalia, zur Vorverlegung der NATO nach Polen, Ungarn und Tschechien und zu einem Anwachsen der NATO-Truppen auf 4 745 000 Mann.

Doch die NATO ist nicht europäisch bestimmt, nicht britisch, französisch, nicht einmal deutsch. Die NATO ist ein USA-Kriegsinstrument, amerikanisch befehligt und ausgerichtet auf die Schaffung jener „neuen Ordnung“ der Herren Bush und Clinton. Dazu wurden die UNO und der Sicherheitsrat entmannt und entmachtet. Das leere Geschwätz der Schröder, Blair, Solana - alles Sozialdemokraten wie die Regierungschefs von 11 der 15 EU-Mitgliedsländer - kann nicht übertönen: Das Sagen haben vor allem die USA, das Pentagon, die Wall Street!!

Frage: Was hört man heute von den Helden, die vor zehn Jahren bei Montagsdemos auf Straßen und Plätzen gegen den Staat Front machten, der Frieden zum Regierungsprogramm erhoben hatte und angetreten war, daß niemals wieder von deutschem Boden Krieg ausgehen sollte? Was haben jene „Bürgerrechtler“ unter bundesdeutschen Fahnen eigentlich 1989 mit „Freiheit“ gemeint, mit „freien Reisen“, „freien Bananen“ und „freier Westmark“? Haben sie schon damals eine deutsche Bomben-Regierung, eine ganz große Koalition aus Schwarz, Rosa und Feldgrau, einen Kriegs-



Grafik: Arno Fleischer

kanzler und einen Kriegsminister Genoske Scharpeng im Auge gehabt? Der Grüne Werner Schulz spricht jetzt von einer „bedrückenden Situation“. Was Wunder: In der DDR war er Bausoldat, weil er die Wehrpflicht ablehnte; jetzt hat er - fern vom Schuß - im Bundestag dem Luftkrieg zugestimmt. Und Fischer - kein Joschka mehr, sondern ganz Diplomat, mit einer Hand in der nadelgestreiften Hosentasche - erklärt stolz: „Zum ersten Mal steht Deutschland mit seinen Bündnispartnern auf der richtigen Seite der Politik und Demokratie!“

Nun ist die NATO - einschließlich deutscher Luftwaffe - die Bomberarmada der UCK: Einer separatistischen Söldnerbande, wiesie in jedem Staat der Welt nach Verfassung und Völkerrecht bekämpft wird. Erwartete man etwa ernsthaft, Jugoslawiens Präsident Milosevic hätte unterschreiben können, daß die serbische Provinz Kosovo ein NATO-Protektorat wird?

Jetzt soll der NATO-Krieg mit Horrormeldungen über Flüchtlingsströme („Vertriebene“, versteht sich) aus den Schlagzeilen verdrängt und der Einsatz von Bodentruppen psychologisch vorbereitet werden. (Ach ja, es ist ja gar kein Krieg gegen die Serben, sondern eine „Friedensmission im Dienste der Humanität“!)

Der Kanzler rief dem vermittlungswilligen russischen Premier Primakow auf einer Pressekonferenz hinterher: „Wer nach Deutschland kommt, soll sich gefälligst nicht über Krieg und Frieden den Kopf zerbrechen...“ So hätten sie's gern. Man bombt und Schwamm drüber. Aber noch ist nicht aller Tage Abend. Denn Befehlshaber der Bundeswehr machen sich strafbar. Nach Paragraph 10, Abs.4 des Soldatengesetzes ist es jedem Vorgesetzten verboten, „völkerrechtswidrige Befehle zu erlassen“. Auch Soldaten machen sich strafbar, wenn sie solche Befehle ausführen. Am 14. Oktober 1998, drei Wochen nach der Bundestagswahl, hatte der noch von CDU/CSU und FDP dominierte alte Bundestag in einer Sondersitzung die deutsche Beteiligung an der geplanten NATO-Aggression beschlossen. Ein krimineller Akt im Sinne des Paragraphen 80 des Strafgesetzbuchs. Dort heißt es nämlich: „Wer einen Angriffskrieg, an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik herbeiführt, wird mit einer lebenslangen Haftstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter 10 Jahren bestraft.“

Wenn wir in einem Rechtsstaat lebten, ergäbe sich ein weites Feld für die Damen und Herren in den Roben der bundesdeutschen Justiz. Und Scharping hätte dann allen Grund, auszurufen: „So wahr mir Gott helfe!“ □

Fakten und Kommentare zur Kriegsvorbereitung

Die mächtigste Waffe der Aggressoren ist die Lüge

Wenn es zum Marschieren kommt, wissen viele nicht
Daß ihr Feind an ihrer Spitze marschiert.
Die Stimme, die sie kommandiert,
Ist die Stimme ihres Feindes.
Der da vom Feind spricht
Ist selber der Feind.

Bertolt Brecht
Deutsche Kriegsfiabel (1936-1940)

Ich hatte den Führer darauf aufmerksam gemacht, daß wir nicht wie Bethmann-Hollweg den Fehler begehen dürfen, uns in der Welt mit der Kriegserklärung ins Unrecht zu setzen. Gewiß war die Aufgabe für Ribbentrop nicht leicht. Er sollte den Krieg gegen Polen sichern, andererseits aber so vorgehen, daß den Gegnern die Kriegsschuld in die Schuhe geschoben werden konnte ... Am 1.9.1939 um 5.45 Uhr in der Frühe marschierten unsere Truppen ohne Kriegserklärung über die Grenzen. Der Führer erklärte in einer Ansprache an das deutsche Volk, daß die polnische Regierung die deutsche Regierung 24 Stunden habe warten lassen, ohne sie einer Antwort zu würdigen. Das Verhalten der polnischen Regierung lasse erkennen, daß ihr nicht an einer friedlichen Regelung gelegen war, und daß sie bewußt die deutsche Regierung provozieren wollte.

Tagebuchaufzeichnungen von Dr. Joseph Goebbels

... heute hat die NATO mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern. Der jugoslawische Präsident führt dort einen erbarmungslosen Krieg ... Noch Ende letzter Woche hat die jugoslawische Delegation auf der Pariser Konferenz selbst minimale Zugeständnisse abgelehnt. Dies ist umso weniger verständlich, als das ausgehandelte Friedensabkommen den Bestand Jugoslawiens nicht infrage stellt.

Erklärung Gerhard Schröders am 24. März 1999

Was das unterzeichnete „Abkommen“ betrifft: In Paris wurden zwei Dokumente unterzeichnet. Das eine Dokument haben die Repräsentanten aller im Kosovo lebenden nationalen Gemeinschaften unterzeichnet, und diese repräsentieren den Kosovo. Das andere Dokument haben die Repräsentanten der albanischen separatistischen und terroristischen Bewegung unterzeichnet, und sie sind selbstverständlich nicht die Repräsentanten des Kosovo.

Doch dieses zweite Dokument, das sie als Abkommen von Rambouillet bezeichnen, ist kein Abkommen von Rambouillet.

Slobodan Milosevic am 23. März 1999 in einem Brief an den britischen und an den französischen Außenminister

Die Behauptung, an allem sei die Weigerung Milosevics schuld, weil er das vorgelegte, nicht wirklich ausgehandelte Papier nicht unterschrieb, ist zynisch. Serbien wurde zugemutet, und zwar unter Androhung von Waffengewalt, der Umwandlung eines integralen Teils seines Territoriums in eine NATO-Besatzungszone zuzustimmen.

Prof. Dr. Gregor Schirmer in „Neues Deutschland vom 26. März 1999

Die NATO definiert einen Feind, droht ihm und schlägt letztlich zu ... Um so eine Maschinerie in Gang zu setzen, braucht man einen Zündmechanismus ... Der Hebel der NATO ist heute ... humanitär. Er benötigt Blut, ein Massaker, irgendetwas, das die öffentliche Meinung so sehr in Rage bringt, daß sie eine gewalttätige Reaktion willkommen heißt ... Um es deutlich zu sagen: Der Westen braucht Leichen ... Im Kosovo warten wir auf sie, und wir werden sie bekommen.

Jean-Christophe Rufin, ehemaliger Vizepräsident von „Ärzte ohne Grenzen“, „Junge Welt“ vom 30. März 1999

(Aus einer Dokumentation von Hans-Günter Szalkiewicz)

Drohung und Erpressung als Devise imperialistischer Balkanpolitik

Das Münchener Abkommen von Rambouillet

Im Rahmen der NATO-Luftaggression haben sich am 6. April 1999, dem 55. Jahrestag der Bombardierung Belgrads durch Hitlers Luftwaffe, Tornados mit dem verhassten Balkenkreuz an barbarischen Angriffen auf die jugoslawische Hauptstadt beteiligt.

Serbische Demonstranten verglichen Clinton und Schröder inzwischen mit Hitler; Opfer der Luftaggression bezeichneten die Zerstörung von Wohnblöcken, Krankenhäusern und Fabriken als Kriegsverbrechen; Präsident Milosevic nannte die Luftangriffe auf die Minenarbeiter und deren Familien in Aleksinac, wo ein ganzes Wohnviertel dem Erdboden gleichgemacht wurde, „Verbrechen der neuen Nazis“.

Natürlich ist Clinton nicht Hitler und Schröder führt kein faschistisches Regime an. Aber Clintons Ziel ist es, die vom USA-Großkapital nach der Niederlage des Sozialismus verkündete „neue Weltordnung“ unter Führerschaft Washingtons durchzusetzen. Schröder vertritt als Sachwalter des deutschen Imperialismus dessen Interessen bei der Neuaufteilung der Welt und der Realisierung eigener Führungsansprüche.

Dazu will die Allianz am 28. April zu ihrem 50. Jahrestag den Artikel 5 ihrer Charta ändern und statt der Verteidigung der Territorien der Mitgliedsstaaten für die Zukunft die „Verteidigung“ ihrer „Sicherheitsinteressen“ fixieren, was im Klartext den ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffquellen in aller Welt bedeutet, der bei Widerstand auch freizubomben ist. Diese Gebiete liegen vor allem im Osten bis hinein in den eurasischen Raum, darunter riesige Ölvorkommen unter dem Kaspischen Meer, die man in Fachkreisen längst einen zweiten Persischen Golf nennt. Die USA haben diesen Teil der früheren UdSSR bereits als „Zone von vitalem Interesse“ für sich reklamiert. Dorthin ist der Weg dadurch freizumachen, daß ein wichtiger Verbündeter Moskaus - Jugoslawien - ausgeschaltet wird. Der Angriff auf Serbien zielt letztlich auf Rußland. Das sollten wir nicht verkennen.

In diesem Kontext praktizieren Clinton sowie die sozialdemokratischen Regierungschefs in Bonn und London - von Frankreichs Jospin und Italiens D'Alema, die vorsichtiger agieren müssen, gebilligt oder geduldet - eine Kriegs- und Völkerhetze von der Art, wie sie zu einem Wegbereiter des Faschismus in Europa wurde. In der Praxis ihrer Aggression und deren Propagierung bedienen sie sich der Methoden der Faschisten. Die tägliche Kriegsberichterstattung der Medien zeigt eine schockierende Ähnlichkeit mit der Greuelpropaganda der Nazis. Leute wie Scharping und Fischer greifen völlig ungeniert auf das Vokabular aus Goebbelschen Zeiten zurück, wenn sie serbische „Untaten“ darstellen oder übelste Gerüchte über Konzentrationslager

und Deportationen verbreiten. Meine Frau und ich - wir kennen solche Horrorpropaganda nur allzugenut auch aus den Jahren unserer Tätigkeit als Korrespondenten in der Demokratischen Republik Vietnam. Dort wurde von den USA ein ganzes Land in Schutt und Asche gelegt und zugleich permanent versucht, dafür die „entmenschten Viet Cong“ verantwortlich zu machen.

Es ist notwendig, immer wieder daran zu erinnern, daß es BRD-Außenminister Genscher war, der 1991 mit dem vorausprechenden diplomatischen Anerkennung Kroatiens und Sloweniens der Zerstückelung Jugoslawiens und den Bürgerkriegen auf seinem Boden den Weg bereitete. Im Ergebnis dessen wurde nicht nur ein vom Westen bis dahin stets gepriesenes, weil „von Moskau unabhängiges“ Sozialismusmodell zerschlagen, sondern auch der Staat, der für Neutralität gestanden und eine wichtige Rolle unter den Nichtpaktgebundenen gespielt sowie über großen Einfluß in der Dritten Welt verfügte hatte.

Folgen der Zergliederung Jugoslawiens waren die Vertreibung von fast 250 000 Serben aus der Kraina und von 650 000 der insgesamt 700 000 Serben, die in Kroatien gelebt hatten. Heuchlerisch lassen sich die Medien heute über das durch die NATO-Luftaggression herbeigeführte Flüchtlingselend der Kosovo-Albaner aus und machen dafür die serbischen „Untermenschen“ verantwortlich. Über das Schicksal der vertriebenen Serben haben sie in der Vergangenheit kaum ein Wort verloren.

Wenn von faschistischen Vorbildern, denen die NATO nacheifert, die Rede ist, dann muß man einen Blick auf das im September 1938 in München von Hitler und Mussolini mit den westlichen Regierungschefs Daladier (Frankreich) und Chamberlain (Großbritannien) geschlossene Abkommen werfen, das Hitlerdeutschland zur Annexion tschechischer Gebiete ermächtigte und zu weiteren Aggressionsakten ermunterte. Ein Vergleich mit dem

NATO-Diktat von Rambouillet fördert eine aufschlußreiche Analogie zutage. Im Anhang des Diktats von Rambouillet - das heute schon als Makulatur bezeichnet wird, weil das Ziel inzwischen offen im Sturz des „Milosevic-Regimes“ besteht - war von einer NATO-„Implementierungstruppe“ in Stärke von 28 000 Mann die Rede. Deren Verbände (KFOR) sollten im Kosovo stationiert werden. Artikel 8 des Annex

legte fest, daß sich dieses NATO-Kontingent einschließlich Waffen und Technik nicht nur in der südserbischen Provinz Kosovo, sondern in der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien (FRJ) „völlig uneingeschränkt bewegen“ und sämtliche dortigen Einrichtungen für „eigene Zwecke“ nutzen könne. Einbegriffen waren Territorialgewässer und Luftraum. Artikel 10 bestimmte, daß die Nutzung jeglicher Infrastruktur durch die NATO kostenlos und gebührenfrei erfolge. Artikel 6 besagte schließlich, daß die NATO und ihr Personal in der FRJ sowohl straf- als auch zivilrechtlich „völlige Immunität“ genossen. Und das sollte der jugoslawische Präsident allen Ernstes unterschreiben!

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer kam nicht umhin, von einem „NATO-Besatzungsstatut“ für ganz Jugoslawien zu sprechen.

Bei allen Ähnlichkeiten mit faschistischen Praktiken von einst ist 1999 nicht 1938. Fast fünf Jahrzehnte Sozialismus haben in Osteuropa ihre Spuren hinterlassen. Während der tschechische Staatspräsident Emil Hacha 1938 das Münchener Abkommen, das zur Errichtung des „Reichsprotektorats Böhmen und Mähren“ führte, zu unterzeichnen gezwungen war, weigerte sich Milosevic, das Münchener Abkommen von Rambouillet zu akzeptieren und damit die Zustimmung zu einem Protektorat Kosovo zu geben.

Milosevics Haltung wird vom Westen als unversöhnlich und kompromißlos dargestellt. Das Gegenteil ist der Fall. Er war und ist zu einer weitgehenden Autonomie für den Kosovo bereit - allerdings nicht unter NATO-Besatzungstruppen. Die jugoslawische Delegation unterschrieb den 10-Punkte-Plan der internationalen Kontaktgruppe, dem die UCK ihre Zustimmung verweigerte. Diese NATO-gelenkte „Befreiungsarmee“ war nicht einmal bereit, auch nur auf Expertenebene mit der serbischen Delegation zusammenzutreffen.

Gerhard Feldbauer



Grafik: SHAHAR

Die neue „Reichspropagandakompanie“

Den Beginn des verbrecherischen NATO-Überfalls auf Jugoslawien erlebte ich in einem neutralen Land: Schon dort übernahmen die Medien aus imperialistischer Klassensolidarität das von Brüsseler Experten für psychologische Kriegführung gelieferte Raster: Rechtfertigung des völkerrechtswidrigen und gegen die Verfassungen sämtlicher NATO-Staaten verstoßenden Angriffs; Dämonisierung der standhaften Belgrader Führung; antiserbische Greuelpropaganda; Umfälschung einer Aggression in eine „humanitäre Aktion zur Sicherung der Menschenrechte“; Haltet-den-Dieb. Doch ein Blick auf Schlagzeilen der BRD-Presse und die Sendungen des westdeutschen Fernsehens, die auch an meinen Aufenthaltsort drangen, ließen ahnen, was mir Tage später daheim bevorstehen sollte: Blanke Kriegsverherrlichung und Hetze im Goebbels-Stil. Die Wahrheit steht Kopf: Von der NATO ausgehobene, bewaffnete, abgerichtete und scharfgemachte Terroristen-banden der UCK heißen „Freiheitskämpfer“, die Aggressoren nennt man „Friedensstifter“, die Überfallenen werden zu blutrünstigen Monstern erklärt und von einem feldgrauen „Grünen“ mit Hitler verglichen. Schulen, Krankenhäuser, Fabriken und Wohnviertel haben sich in „militärische Ziele“ verwandelt. Ein „Wissenschaftler“ mit Geheimdienst-visage spricht im Bayrischen Rundfunk davon, es gehe um eine „neue Hackordnung auf dem Balkan“.

„Die Schlachten eines 3. Weltkrieges, ausgekämpft auf der Ebene der vierten Dimension, sind längst im Gange. Es ist der Kampf um die Meinungen der Menschen unserer Welt ...“, schrieb schon 1964 die BRD-Zeitschrift „Wehrkunde“. Seit 1959 arbeitet die NATO stabsmäßig und „akribisch“ an der weltweiten Manipulierung dessen, was man im Kapitalismus als „Öffentlichkeit“ bezeichnet. Alle bürgerlichen Medien sind einbezogen. Tausende Spezialisten befassen sich mit der Frage, wie man Lügen als Wahrheiten ausgeben kann. Groß ist die Zahl der Journalisten und TV-Moderatoren, die eine Ausbildung an der Bundesweherschule für psychologische Kriegführung erhalten haben. Bei Eintritt des „Ernstfalles“ tauchen sie plötzlich scharenweise in Krisenregionen auf. Es handelt sich mehrheitlich um Reporter, die niemand

je zuvor gesehen hat. Sie werden durch „Fachleute“ aller möglichen „Institute“ verstärkt, bei denen in Wirklichkeit der BND dahinter steckt. Hinzu kommen die Altgedienten der neuen „Reichspropagandakompanie“ - Kriegshetzer wie die ZDF-Dame Storch aus Brüssel oder der ARD-Sendungsleiter Gottlieb aus München. Die Niederlage in Vietnam führte in den

schen Propagadaministeriums. Mehr als das: Die Nazis blieben - gemessen an den heutigen Mitteln und Möglichkeiten der Volksirreführung und Lügenverbreitung - reine Waisenknaben.

„Die Menschen waren in der Politik stets die einfältigen Opfer von Betrug und Selbstbetrug, und sie werden es immer sein, solange sie nicht lernen, hinter allen möglichen moralischen, religiösen, politischen und sozialen Phrasen, Erklärungen und Versprechungen die Interessen dieser oder jener Klassen zu suchen.“ Das sagte Lenin. Welchen Interessen die Scharping, Fischer, Schröder und ihresgleichen dienen, ist sonnenklar. Doch die Sonne wird für die meisten Bundesbürger durch dicke Lügenschleier verdunkelt.

„Im Krieg darf man den Gegner nicht als Menschen ansehen, sondern als Ziel... wenn deine Granate oder Bombe ins 'Ziel' trifft, hast du den Auftrag ausgezeichnet erfüllt. Die Folgen des Schlages sind nicht deine Sache, weil du nur ein einfacher Kämpfer und kein Politiker bist.“ Nach diesem Motto einer maßgeblichen britischen Militärzeitschrift handeln die Piloten in den Kanzeln der NATO-Bomber. Ihre Objekte sind angeblich Luftabwehrstellungen, Panzer, Kasernen, LKW, Soldaten. Menschen gibt es in Jugoslawien nicht. Opfer auch nicht, nur „militärische Ziele“. Und untrennbar verbunden mit dieser Verharmlosung und Verherrlichung der „sauberen“ und „chirurgischen“ NATO-Kriegführung ist - nach bewährten Rezepten - die Projektion der eigenen Kriegsverbrechen, des eigenen Terrors

gegen die serbische und albanische Zivilbevölkerung sowie der dadurch erzeugten Massenflucht auf den „Belgrader Feind“. Gekaufte „Zeugen“ werden nicht müde, ihm immer neue Greuel anzudichten.

Die Bundesrepublik Deutschland bestätigt in diesen Tagen auf gespenstische Weise ihren Anspruch, der juristische Nachfolgestaat Hitlerdeutschlands zu sein. Auch Goebbels und seine mordhetzenden Lügnerkompanien haben Nachfolger gefunden. Bedarf es großer Phantasie, sich die Sprecher gewisser TV-Nachrichtensendungen und die Skribenten der anti-jugoslawischen Kampfpresse beim Kommentieren von Hinrichtungen serbischer Partisanen vorzustellen?

Werner Hoppe

GESUCHT



Die gesuchten Personen
verstießen gegen das Völkerrecht,
das Grundgesetz (Artikel 26)
und das Strafgesetzbuch (§§ 80 und 80 a)

VORSICHT!
SCHUSSWAFFENGEBRAUCH,
BOMBENGEBRAUCH
UND DEMAGOGIE!

Flugblatt der DKP Mannheim

NATO-Stäben Mitte der 70er Jahre zu neuer Erkenntnis. Sie mündete in der Verbanung der Reporter vom Schlachtfeld, ihrer täglichen Fütterung mit ausschließlich durch Militärs ausgewählten „Informationen“, der systematischen Manipulation von Bildmaterial, der Durchsetzung gleichgeschalteter Sprachregelungen im Interesse imperialistischer Kriegspropaganda. Diese strategische Waffe wurde im Golf-Krieg erstmals eingesetzt und richtet sich jetzt gegen Zeitungsleser, Rundfunkhörer und Fernsehzuschauer in aller Welt. Es geht darum, ein neues „psychologisches Vietnam“ zu verhindern und der Friedensbewegung die Massenbasis zu entziehen. Der nun gewählte Stil entspricht in Form und Inhalt dem Repertoire des Goebbels-

„Deutsche an die Front“ - aber diesmal die Richtigen

Scharping nach Kosovo!

Also, Leute, Ihr werdet's nicht glauben - „aber wenn es denn schon sein muß“ zur Rettung des Aberlandes vor dem Untergang in serbischer Barbarei, dann bin auch ich für den Fronteinsatz deutscher Bodentruppen im Kosovo!

Nur, da müssen diesmal die richtigen Leute ins Feuer! Nicht „unsere Jungs“ von der Bundeswehr, die sind zu schade dafür, die haben da nichts zu suchen. Die sind für den Schutz der Bundesrepublik da, wenn sie angegriffen wird. In einem solchen Fall bin ich nämlich dafür, daß wir uns verteidigen. Aber in Jugoslawien, da greifen wir Deutsche an, zum dritten Mal in diesem Jahrhundert. Und da sollen diesmal die an die Front, die den Einsatz beschlossen haben und diejenigen, die diesen Beschluß in den Medien mit wahrem Feuereifer befürworten. Also, sofort zwei deutsche Kompanien aufgestellt, bestehend aus den mehr als 500 Bundestagsabgeordneten, welche für die deutsche Beteiligung an der NATO-Aggression gestimmt haben. Aber auch wirklich alle, die dafür waren, egal, wie alt, wie gesund oder krank oder sogar im Rollstuhl, egal, ob Männlein oder Weiblein - alle ab auf's Amselfeld und in die Kosovo-Berge unter Mitnahme einiger noch lebender Wehrmachts-Spezialisten in der Partisanenbekämpfung. Der Schröder im teuren Kaschmir-Mantel macht natürlich den Kompaniechef und der gut trainierte Marathon-Läufer Fischer wird Stoßtruppführer. Und der Scharping geht dem Haufen in Tarn-

kleidung voran. Mit Sturmgewehr, Stahlhelm und Springerstiefeln sehen die alle bestimmt ganz schneidig aus, und dann wollen wir mal sehen, ob die Herrschaften auch für das einstehen, was sie beschlossen haben! Natürlich erhalten sie dann neben ihren Ministergehältern und Abgeordnetendiäten auch noch die begehrte Frontzulage der Bundeswehr - ganz klar: Gleiches Recht für alle. Aber diesmal eben auch: Gleiche Pflicht für alle. Sollen doch die, welche uns die Suppe eingebrockt haben, sie auch auslöffeln müssen!

Und diesmal wollen wir auch jene beim Wort nehmen, die mit der Waffe des Wortes und der Bilder den Kriegsbeschluß der großen Mehrheit des Bundestages gefordert, unterstützt und „im Bewußtsein seit der Wiedervereinigung gewachsener deutscher Verantwortung“ vor dem Wahlvolk vertreten haben. Da kommen so aus den Zeitungs- und Zeitschriftenredaktionen, vom Rundfunk und vom Fernsehen bestimmt nochmal 500 verantwortliche Redakteurinnen und Redakteure zusammen. Das sind dann auch wieder zwei kriegsstarke Kompanien, Männlein und Weiblein, egal wie alt und ob gesund oder krank - alle ran an den serbischen Erbfeind! Kompaniechef sollte da der FAZ-Herausgeber Johann-Georg Reissmüller werden, der Revanchismus-Spezialist der „Zeitung für Deutschland“ ganz allgemein und Jugoslawien-Experte im Besonderen. Ich erinnere mich noch genau, wie er frühzeitig die An-

erkennung von Slowenien und Kroatien forderte, weil man erst dann dorthin offiziell Waffen liefern könne! Jetzt soll er mal am eigenen Leibe spüren, was Waffeneinsatz konkret bedeutet, statt nur mit Hetzartikeln die Leute reif zu machen für das blutige Kriegshandwerk! Der aus dem einstigen Sudetenland stammende Reissmüller gehört bekanntlich zu den Schöpfern der Protektorats-Idee für das Kosovo - mit so etwas haben wir ja Erfahrung. Im März war es gerade 60 Jahre her, daß die Wehrmacht die „Rest-Tschechei“ schluckte, deutsche Truppen in Prag einmarschierten und das „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“ errichtet wurde. Wohlweislich haben sich die deutschen Medien angesichts der deutschen Beteiligung an der NATO-Aggres-

sion gegen Jugoslawien des Gedenkens an diesen deutschen Überfall auf ein Nachbarland weitgehend enthalten!

Einen Einberufungsbefehl zur Journalistenkompanie würde ich natürlich auch dem Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Herrn Günter Grass, zustellen. Nichts gegen seine damalige Preisrede in Frankfurt, aber wenn er heute meint, gegen Jugoslawien müsse unter deutscher Beteiligung mit bewaffneter Gewalt vorgegangen werden, dann muß er schon selbst ein Beispiel geben. Der Herr Grass. Als Ordonnanz und Aktentaschenträger kann er sich ja seinen kleinen Schriftstellerkollegen Erich Loest mitnehmen. Die nötige Härte für den Fronteinsatz hat der sich in der „Hölle von Bautzen“ erworben.

Jawohl - Deutsche an die Front - „wenn es denn sein muß“, wie Erich Loest, der Kämpfer gegen die SED-Diktatur, kurz und bündig im Deutschlandfunk verkündete. Aber diesmal die Verantwortlichen aus Politik und Medien, und nicht „unsere Jungs“ von der Bundeswehr!

P.S.: Natürlich soll unsere Eingreiftruppe auch nicht auf geistlichen Beistand verzichten müssen. „Kirchen rechtfertigen NATO-Einsatz“, hieß es am 6. April in der FAZ. Na, das hatte nach bisheriger Erfahrung wohl auch niemand anders erwartet. Schließlich haben viele der Herren (und neuerdings auch Damen) im schwarzen Gewand bisher noch jeden deutschen Krieg „aus tiefster innerer Überzeugung vor Gott und den Menschen“ gerechtfertigt. Wenn es darauf ankommt, muß man dem Staat eben zubilligen, was er braucht, selbst wenn es das Leben der Gläubigen kostet. Schließlich treibt dieser ja die Kirchensteuern ein! So, wenn die Damen und Herren mit den dicken Ringen „trotz großer Skrupel“ für Gewaltanwendung zur „Beendigung des Unrechts in Kosovo“ sind, wie die von der FAZ zitierten Bischofsworte bekunden, dann habe ich überhaupt nicht die geringsten Skrupel, auch sie aufzufordern, sich sofort an die Front auf dem Amselfeld zu begeben. Aber nicht bloß, um vor dem Sturmangriff „Feldgottesdienst“ abzuhalten und hinterher die Gefallenen zu segnen und mit frommem Augenaufschlag „Nun danket alle Gott“ zu singen, weil man selbst davongekommen ist - nein, diesmal vorneweg mit Ölweig und Friedenstaube und dem Ruf an die christlich-orthodoxen serbischen Glaubensbrüder auf den Lippen: „Nicht schießen, wir bringen euch die Heilsbotschaft der NATO!“

Rolf Vellay

Grafik: Arno Fleischer



Die Grünen in Feldgrau

Bei ihrer Parteigründung 1980 schworen DIE GRÜNEN auf die Grundwerte „ökologisch-sozial-basisdemokratisch-gewaltfrei“. Der pazifistischen Orientierung entsprach ihre aktive Mitarbeit in der Friedensbewegung. Entschieden lehnten sie Militärblocke ab. Folgerichtig forderten sie den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO.

In den seither verflossenen knapp zwei Jahrzehnten sind unter dem wachsenden Einfluß der SPD-nahen „Realos“ etliche Abstriche an den Grundwerten vorgenommen worden. Dennoch schien es bisher so, als hielte die inzwischen als „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ firmierende Partei wenigstens an Teilen davon fest.

Noch vor gut sechs Monaten trat sie beim Werben um Stimmen als Verkünderin konsequenter Friedfertigkeit vor das Wahlvolk. Unter dem Motto

„... die OSZE stärken, die NATO zurückdrängen“ kritisierten die Bündnisgrünen, daß „führende westliche Staaten“ die Chance zu umfassender Abrüstung ausschlugen, weil ihnen „die Rettung der im Kalten Krieg entstandenen NATO wichtiger war als der Aufbau eines integrierten Sicherheitssystems ...“. Eindringlich gewarnt wurde vor der NATO-Doktrin, die weltweit Schutz vor „Destabilisierung“ verspreche, tatsächlich jedoch „bewaffnete Abenteuer programmiert, in die auch Deutschland hineingezogen werden könnte“. Mit Entschiedenheit verkündete deshalb das Wahlprogramm: „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN akzeptieren nicht, daß die NATO ihre Rolle zulasten der UNO und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ausweitet, um ihre eigene militärische Dominanz durchzusetzen.“ Entschieden lehnten die Bündnisgrünen „die Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee ... ab.“ Schließlich versprachen sie erneut ohne jedes Wenn und Aber: „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tragen militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze nicht mit.“

So hörte sich das noch vor einem reichlichen halben Jahr an. Ich wüßte keine Partei zu nennen, die sich jemals in so rasantem Tempo und mit derartiger Schamlosigkeit von ihren Grundwerten losgesagt, ihr Wahlprogramm zu Makulatur gemacht und ihre Wähler betrogen hätte. „Grün ist der Wechsel“, lautete ihr zentraler Wahlslogan. Daß damit ein Wechsel von versprochener aktiver Friedenspolitik zu totaler Komplizenschaft bei Kriegsverbrechen gemeint sein könnte, wäre wohl niemandem in den Sinn gekommen. Aber genau dieser Wechsel ist inzwischen vollzogen worden. „Die

NATO zurückdrängen“ wollte man. Vor der Wahl. Als dann aber die Stunde der Wahrheit kam, stimmten 40 von 47 bündnisgrünen Bundestagsabgeordneten für die deutsche Teilhabe an der NATO-Aggression.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versprachen, „nicht zu akzeptieren“, daß die NATO ihre militärische Dominanz über UNO und OSZE durchsetzt. Nun jedoch beteiligt sich diese Partei an einem Völkerrechtsbruch ohne Beispiel, der geeignet ist, das System der Vereinten Nationen überhaupt infrage zu stellen. Die NATO führt ihren Aggressionskrieg gegen einen Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen ohne jegliches Mandat der UNO. Aber bekanntlich ist allein der UN-Sicherheitsrat befugt, militärischen Zwang gegenüber einem Staat anzuordnen, wenn alle Möglichkeiten friedlicher Konfliktlösung ausgeschöpft sind. Die NATO aber führt, auf keine andere „Legitimation“ als die eigene militärische Stärke gestützt und als Verfügungstruppe des selbsternannten Weltgendarmen USA, einen Angriffskrieg. Sie begeht im Sinne der UN-Charta und nach dem Statut des Nürnberger Gerichtshofes Verbrechen gegen den Frieden, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen.

Als besonders leidenschaftlicher Aggressionsbefürworter und Scharfmacher ersten Ranges betätigt sich dabei der als bündnisgrüne Identifikationsfigur geltende Joseph Fischer, inzwischen als Staatsmann-Attrappe mit den Insignien eines bundesdeutschen Außenministers ausgestattet. In Konkurrenz mit SPD-Kriegsminister Rudolf Scharping, der seine schlappe Rückgratlosigkeit durch forsches Gehabe und militaristisches Getue zu vertuschen sucht, überschlägt sich Fischer geradezu dabei, das mörderische Wüten der NATO in eine Menschenrechtsoffensive umzulügen, die unumgänglich geworden sei, um „eine humanitäre Katastrophe abzuwenden“. Die aber wird mit jedem Tag NATO-Terror immer schlimmer.

Daß ausgerechnet Bündnisgrüne auf die Seite der Kriegspartei überlaufen, an Völkerrechtsbruch und NATO-Staatsterrorismus bedenkenlos Mitschuld übernehmen, läßt sich eigentlich nur so erklären: Die von den parteirechten „Realos“ seit langem favorisierte „Beteiligung an der Macht“ erweist sich als Mittel politischer Korruption: Für hochdotierte Ämter und Mandate wirft so mancher ambitionöse Aufsteiger hemmungslos auch die letzten Prinzipien und Versprechen über Bord. Allerdings scheinen die Bündnisgrünen keineswegs samt und sonders bereit zu

sein, sich in NATO-Feldgrau einkleiden zu lassen. In der Partei regen sich Unbehagen und Widerstand. Profilierte Politiker wie Christian Ströbele sind in beeindruckender Weise gegen die Kriegsfraktion um Fischer und Ludger Vollmer aufgetreten. Die GRÜNEN in Mecklenburg-Vorpommern verweigern der Bundestagsfraktion ihrer Partei die Gefolgschaft, solange die NATO-Aggression anhält. Die Zahl der Parteiaustritte nimmt rasch zu. Die Rede ist von einer Zerreißprobe, vor der die Bündnisgrünen stehen. Um ihr auszuweichen und den innerparteilichen Widerstand unter Kontrolle zu bringen, ist für den 13. Mai ein Sonderparteitag anberaumt. Der erstaunlich lange Zeitraum bis zu dessen Stattfinden dürfte von den Parteispitzen absichtsvoll so veranschlagt worden sein. Vielleicht schafft es die NATO bis dahin doch, Jugoslawien in die bedingungslose Kapitulation zu zwingen oder zu einer „politischen Lösung“ in ihrem Sinne zu zwingen. Dann könnte man gar als „Friedensstifter“ vor die Delegierten treten und statt zornigem Protest jenen zähneknirschenden Respekt einheimsen, der „Siegern“ noch allemal zusteht.

Ob diese Rechnung aufgehen wird, bleibt abzuwarten. Sollten sich die Bündnisgrünen jedoch dazu hergeben, ihre Politik künftig statt durch die Sonnenblume mit dem todverheißenden Balkenkreuz zu kennzeichnen, wäre ihr Untergang bereits besiegelt. Denn einen endgültigen Wechsel von Grün zu Feldgrau würde die Mehrheit ihrer Anhänger und Wähler wohl schwerlich mitmachen.

Wolfgang Clausner

Befremdliches

Unser Leser Hansjörg Schupp aus Appeltshofen hat auf dem Bahnhof Nördlingen unter dem Motto „PDS vor Ort“ ein Plakat mit folgendem Text gesehen:

Der Menschenschlächter marschiert.
Milosevic vor Gericht nach Den Haag!

*Sozial-Solidarisch-Alternativ.
PDS Bayern*

Der Aushang sei mit 13 kleinen Totenköpfen „verziert“ gewesen. Es ist zu hoffen, daß die PDS mit derlei Schützenhilfe für die Belgrad-Bombardierer nichts zu tun hat oder sich davon distanziert.

RotFuchs

Email & Internet Adresse

DKP-BerlinNO@t-online.de

<http://home.t-online.de/home/DKP-BerlinNO/rotfuchs.htm>

HEINZ KAMNITZER***Der Unrechtsstaat***

Manchmal
 Frag ich mich
 Wo lebe ich
 Eigentlich

Wenn ich
 Keine Arbeit habe
 Oder kriege
 Wer ist schuld
 Natürlich Mielke
 Wenn
 Die Mieten
 Hoch
 Die Preise
 Steigen
 Wer ist schuld
 Natürlich
 Die Betriebe
 Einst Volkseigen

Wenn
 Die Bundeswehr
 Auf dem Balkan
 Ordnung schafft
 Wer ist Schuld
 Natürlich
 NVA-Generäle
 In Haft

Wenn
 In Oranienburg
 Die Judenbaracke
 Abgefackelt
 Ein Ghanese
 Aus der S-Bahn
 Geworfen wird
 Wenn man
 In Buchenwald
 Das Mahnmal
 Zerhackt
 Wer ist schuld
 Na, wer
 Die DDR

Rainer Rupp, JVA Saarlouis, schreibt exklusiv für „RotFuchs“

Die Menschenrechtskrieger

Die staatstragenden deutschen Medien heizen die Kriegspropaganda gegen die bösen Serben an, die den guten Diktatfrieden der hilfreichen NATO abgelehnt und stattdessen einen „Krieg mit der internationalen Völkergemeinschaft (!)“ in Kauf genommen haben. So weist die freie demokratische Presse den Weg in die schöne NATO-Zukunft. Nicht mehr die lästige UNO, sondern die NATO verkörpert nun in unseren Medien und Köpfen den Willen der „internationalen Völkergemeinschaft“.

Gewaltmonopol der UNO? Beachtung des Völkerrechts? In der Neuen Weltordnung von Amerikas Gnaden sind das Ladenhüter, die das Recht des Stärkeren auf unerträgliche Weise beschränken. Und da die Amerikaner nicht nur die Stärkeren, sondern auch die Guten sind, führen sie nur gute Kriege, die wir unterstützen müssen. Sie kämpfen und bombardieren immer nur für die Freiheit und die Menschenrechte, wie z.B. das Menschenrecht auf freie Marktwirtschaft oder für den unbehinderten Zugang des amerikanischen Individuums zu Rohstoffen und Märkten überall auf der Welt.

Ganz besonders setzen sie sich für die freie Entfaltung der Persönlichkeit der Börsenspekulanten ein, indem sie mit großer Zähigkeit für den freien und unkontrollierten internationalen Kapitalverkehr kämpfen. Und da sich „Deutschland als Nichtnuklearmacht ... mit weltweiten Interessen nicht allein behaupten kann“, unterstützt auch die rot-grüne Regierung in Bonn fleißig die USA in der Führung ihrer Menschenrechtskriege, besonders gegen Serbien, denn den Balkan beansprucht Deutschland nicht erst seit gestern als sein Interessengebiet.

In Serbien gibt es noch anachronistische Überbleibsel aus einer dunklen sozialistischen Zeit, die dem freiheitsliebenden internationalen Kapital immer noch autoritär Schranken setzen, und ein widerspenstiges Volk, das die Vorzüge einer dauerhaften Besatzung von NATO-Truppen einfach nicht einsehen will. Auch sonst stellt Serbien auf dem Balkan das Haupthindernis für die Etablierung der Neuen Weltordnung dar. Schuld daran ist der mit großer Mehrheit demokratisch gewählte Diktator Milosevic. Als Präsident Jugoslawiens betreibt er im Kosovo Völkermord an den doch so harmlos in die amerikanischen Kameras lächelnden UCK-Terroristen, nur weil diese ihre serbischen Nachbarn zusammen mit den sie beschützenden Polizisten entführen und ermorden.

Trotzdem üben einige weltfremde Spinner auch Kritik an den USA und ihrer NATO. Wenn man überhaupt von genozidartigen Verfolgungen reden könnte, dann fänden sie nicht im Kosovo, sondern im NATO-Mitgliedsland Türkei statt, behaupten diese. Dort wurden 3 000 kurdische Dörfer zerstört, die Bevölkerung vertrieben, zehntausende Menschen getötet und Gefangene systematisch gefoltert! Diese Angaben sind zwar korrekt, dennoch ist es ausgesprochen naiv und altmodisch, von der NATO zu verlangen, wegen dem bißchen Kurden-

verfolgung auch gegen die Türkei vorzugehen. Wer so denkt, der hat die moderne, von den USA dynamisch geführte Menschenrechtsdebatte überhaupt nicht verstanden. Die fundamentalen Menschenrechte der amerikanischen und westeuropäischen Großunternehmen sind nämlich in der Türkei in besten Händen. Seit Jahren hat sich kein westlicher Konzern oder Investmentbanker über die Freiheiten in der Türkei beschwert. Deshalb bombardiert die NATO auch nicht Ankara, sondern Belgrad. Und deshalb fallen US-Bomben auf Irak und nicht auf die Türkei.

Am Beispiel Iraks läßt sich die bestechende Logik westlicher Menschenrechtskriege am besten darlegen. Im amerikanisch-englischen Luftkrieg gegen die irakische Zivilbevölkerung - aus den „Flugverbotszonen“ heraus - fallen täglich neue Menschenrechtsbomben. Täglich steigt die Zahl der zerfetzten Iraker, täglich sterben mehr schuldige Kinder, weil Medikamente oder Lebensmittel wegen des Embargos fehlen. Zum Glück haben diese Opfer für die westlichen Medien keinen Nachrichtenwert, denn das Land liegt weit weg von Amerika und Europa. Doch die Menschenrechtsexperten im Washingtoner und im Londoner Kriegsministerium sind sich mit ihren Kollegen in Deutschland einig: Die westliche Wertegemeinschaft muß hart bleiben, solange die Iraker den Teufel Saddam Hussein nicht gestürzt haben.

So richtig verbrecherisch ist Saddam allerdings erst geworden, seitdem er nicht mehr tut, was die Amerikaner von ihm erwarten. Dabei hatte man sich doch früher so gut mit ihm verstanden, als er noch seinen Giftgaskrieg gegen den bösen Iran führte. Damals war der Mann in Bagdad noch ein Guter und erhielt vom Westen Milliarden-dollarhilfen in Form von Waffen und technischem Gerät. Auch über die Vernichtung aller 5 000 Einwohner eines kurdisch-irakischen Dorfes durch einen Giftgasangriff der Luftwaffe Saddams sprach man unter Freunden nicht. Ebenso wenig wie über die Massenerschießungen von irakischen Kommunisten und anderen Menschenrechtsfeinden.

Heute ist das anders. Schließlich hat Saddam den Zugang zum irakischen Öl bereits Frankreich, Rußland und China versprochen und dabei amerikanische und britische Konzerne menschenrechtswidrig übergangen. Bei so viel verbrecherischer Energie muß er natürlich weg, egal mit welchen Mitteln. Und notfalls ist die Bevölkerung solange in die Steinzeit zurück zu bombardieren, bis sie begreift, daß Washington den Umsturz von ihr verlangt - in Irak wie in Jugoslawien. Um der Welt die Menschenrechte und den Frieden zu bringen, muß man manchmal erst einen guten Krieg führen. So wird die NATO von den bösen Serben auf hinterhältige Weise gezwungen, ihre Raketen auch weiterhin auf Belgrad abzufeuern. Denn das weiß doch inzwischen jedes Kind: Beim Abfackeln jugoslawischer Wohnviertel, Krankenhäuser und Fabriken geht es ausschließlich um die Menschenrechte! □

Gedanken eines DDR-Berufssoldaten

Wir standen für den Frieden

24. März 1999. Bomben auf Jugoslawien. Erinnerungen werden wach.

Ich bin 1942 geboren, der Vater kam ein Jahr später an die Ostfront. Größenwahnsinnig wollte Hitlers Deutschland „die Welt neu ordnen“. Nach dem Ende des Krieges schwor mein Vater wie damals die meisten Antifaschisten, nie wieder eine Uniform anzuziehen oder eine Waffe in die Hand zu nehmen. Mir, dem am 8. Mai 1945 erst Dreijährigen, stehen noch heute Bilder aus jener Zeit vor Augen. Mit meiner Mutter und der Großmutter saßen wir Tag und Nacht im Luftschutzkeller. Brennende Häuser und tote Menschen ringsum gehörten zum Alltag. Noch fünf Jahre danach geriet ich in Angst, wenn auch nur ein Flugzeug am Himmel erschien. Daran erinnere ich mich heute, wenn ich höre, daß Bomben auf Belgrad und andere Städte Jugoslawiens fallen...

Inzwischen war mein Vater zu neuer Erkenntnis gelangt. Nachdem ich 1961 die Lehre beendet hatte, wollte er mich davon überzeugen, in der NVA zu dienen. Doch der Gedanke, Soldat zu werden, sagte mir nicht sonderlich zu. Mein Argument war: Wenn die DDR keinen Krieg wolle, dann brauche sie auch kein Militär. Mein Vater ließ das jedoch nicht gelten. Er machte mir klar, daß es für gewisse Politiker im Westen nur noch eins gebe: Den „Fall Rot“. So ließ ich mich am Ende von der Notwendigkeit des Wehrdienstes überzeugen. Als ich dann im April 1961 mit vielen jungen Männern in die Kaserne einrückte, wurden wir durch unseren künftigen Zugführer mit folgenden Worten empfangen: „Ich habe den Auftrag erhalten, gute Soldaten aus Ihnen zu machen. Die Ausbildung wird hart werden. Sie gelangen dabei oft an ihre geistigen und körperlichen Grenzen. Es wird viel Schweiß fließen, aber nur so können wir dazu beitragen, Blutvergießen zu verhindern. Denn unser Ziel heißt: Von diesem Deutschland darf nie wieder ein Krieg ausgehen“.

Wie friedlich könnte die Welt eingerichtet sein, wenn alle Armeen in diesem Geist erzogen würden! Doch die NATO-Staaten und ihre Führungsmacht USA haben die Rüstungsspirale mit ganz anderer Absicht immer wieder angekurbelt.

Auf die Idee, Berufssoldat zu werden, bin ich - angesichts der uns eröffneten Aussicht auf eine ungeahnte Schinderei - zunächst nicht gekommen. Doch wenige Wochen nach Abschluß der Ausbildung brachte Washington die Welt mit der Cuba-Krise an den Rand eines nuklearen Krieges. Und auch der Kalte Krieg gegen die Sowjet-

union und deren Verbündete verschärfte sich enorm. Jetzt ging es noch mehr um die Stärkung des Verteidigungspotentials der sozialistischen Staaten. Eine logische Konsequenz war die militärische Sicherung der Westgrenze unseres Lagers. All das ließ schließlich den Entschluß in mir reifen, selbst Berufssoldat in den bewaffneten Organen der DDR zu werden. Wenn es noch eines Beweises für die Richtigkeit meines damaligen Entschlusses bedurft hätte - die NATO erbringt ihn in diesen Tagen.

Die sozialistischen Staaten haben den Frieden in Europa über 40 Jahre militärisch gesichert. Jetzt wissen wir, daß das nicht nur ein Schlagwort war. Denn der ungezügelte Imperialismus - und hier steht die BRD als Hauptkomplize an der Seite der USA - hat unseren Kontinent in ein gefährliches Abenteuer mit völlig ungewissem Ausgang gestürzt. Der deutsche Bundestag hat sich mit großer Mehrheit hinter diese Kriegspolitik gestellt. Sozialdemokraten und Grüne erwiesen sich als Verräter am Frieden. Nur die PDS ist gegen den Überfall aufgetreten. Das verdient Respekt. Allerdings haben mir Herrn Gysis Worte auf dem Berliner Alexanderplatz, in diesem Konflikt gebe es weder Gute noch Böse, Clinton, Blair, Schröder und Milosevic seien de facto gleich schlecht, nicht zugesagt. Milosevic verteidigt mit Würde die nationale Souveränität und territoriale Integrität seines Landes. Man muß sich ohne Wenn und Aber gegen den Aggressor stellen und das Opfer der Aggression unterstützen.

In dieser Bundesrepublik ist es möglich, daß sich junge Deutsche freiwillig an die serbische Front melden, nicht um ihr angegriffenes Vaterland zu verteidigen, sondern um an einem Angriffskrieg teilzunehmen. Für einen Berufssoldaten wie mich, der in der DDR seinen Dienst getan hat, ist das ein unvorstellbarer Vorgang.

Major a.D. Jürgen Thiele

Massenaustritte aus dem Bundeswehrverband

Wie „RotFuchs“ erfährt, haben ehemalige Angehörige der NVA, die bisher den ostdeutschen Kameradschaften des BRD-Bundeswehrverbandes angehörten, aus Protest gegen die kriegsbegünstigenden Äußerungen von Spitzenfunktionären diese Organisation in großer Zahl verlassen.

Was haben die Bomben auf Jugoslawien mit Cuba zu tun?

Belgrad - Havanna?

Mit der konterrevolutionären Liquidierung der sozialistischen Länder Europas wurde Cuba bekanntlich in eine extrem gefährliche Lage gebracht. Dennoch hat es überlebt. Doch der Imperialismus wendet im Wortsinn alle Methoden zur Untergrabung und Zerschlagung des cubanischen Sozialismus an. In letzter Zeit hat sich **erneut** die sogenannte Menschenrechtskampagne - stets Synonym für imperialistische Diversion gegen sozialistische Staaten - in Bezug auf Cuba erneut verschärft. Zum Anlaß wurden Änderungen der Strafgesetzgebung auf der Insel genommen, die den Interessen der nationalen Souveränität Cubas entsprechen. Fidel Castro wird von den imperialistischen Medien grundsätzlich als „Diktator“ dargestellt, obwohl er die Unterstützung der großen Mehrheit des cubanischen Volkes besitzt. Die gleiche Vokabel verbindet die NATO bekanntlich mit dem gewählten jugoslawischen Präsidenten Milosevic. Obwohl man beide Staatsmänner aus politischen, historischen und regionalen Gründen nicht gleichsetzen kann, sind die Parallelen der gegnerischen Propaganda hier unübersehbar.

Im April 1961 - bei der CIA-gelenkten Landung exilcubanischer Kommandos an der Playa Giron - spekulierte Washington auf eine dann „leider“ ausgebliebene „Volkserhebung“, die der konterrevolutionären Invasion zu Hilfe kommen sollte. Wenn es heutzutage gelänge, auf Cuba eine auch nur scheinbar vorhandene „unterdrückte Minderheit“ zu installieren, deren „Menschenrechte gesichert“ werden müßten - gibt es jemanden, der glaubt, daß dies nicht der langerwartete Anlaß für den USA-Imperialismus wäre, die neuen B2-Bomber auch über der Insel ihre tödliche Fracht abladen zu lassen? Wenn selbst der Vorstand einer sich sozialistisch nennenden deutschen Partei bei der cubanischen Führung vorstellig wird, um gegen die neue Gesetzgebung zu intervenieren - zweifelt da noch jemand daran, daß sich im „Notfall“ eine „internationale Gemeinschaft“ (wie im Falle Jugoslawiens) von NATO-Staaten finden ließe, die für ein Bombardement Havannas, Santiago de Cubas, Santa Claras und anderer Städte sorgen würde? Es versteht sich, daß dabei auch die deutsche Wehrmacht (pardon: die Bundeswehr) mit von der Partie wäre.

Deshalb also: Solidarität mit dem serbischen Volk und der rechtmäßigen, gewählten Regierung der Bundesrepublik Jugoslawien! Schluß mit dem Bombenterror! Anti-imperialistische Solidarität aber auch mit dem sozialistischen Cuba, über dessen Sicherheit und Unangreifbarkeit die fortschrittliche Menschheit ständig wachen muß!

Heinz-W. Hammer

Das Wort eines alten Genossen

Wo bleibt die revolutionäre Wachsamkeit?

Seit Bestehen der revolutionären Arbeiterbewegung hat sie sich der ideologischen und politischen Attacken, der durch eingeschleuste oder angeworbene Agenten geführten Angriffe des Klassenfeindes erwehren müssen. Das war und ist in allen Abteilungen der kommunistischen Bewegung so.

Zu diesem Zweck schuf sich der Gegner unter ständigem Einsatz hoher Mittel einen besonderen geheimdienstlichen Apparat. Er setzte Agenten an, offiziell und eingestandenemmaßen gesteuert vom sogenannten Verfassungsschutz; von einer Vielzahl halboffizieller, der Allgemeinheit unbekannter Einrichtungen gleicher oder ähnlicher Art; von den Diensten der ehemaligen Besatzer, denen der NATO; von beauftragten und mit Steuergeldern entlohnnten privaten Schnüfflerdiensten; und denen der der bürgerlichen Parteien SPD und CDU/CSU, wie ehemals „Ostbüro“ und „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“.

Zielgerichtet waren die Angriffe all dieser Agenturen gegen das Innere der marxistisch-leninistischen Parteien, gegen die Führungen, gegen die Leitungsstrukturen, gegen die Bündnis-Verbindungen, gegen die Schwerpunkte der Parteiarbeit und natürlich insbesondere gegen die DDR.

Die kommunistische Arbeiterbewegung schuf sich zur Abwehr, zur Entlarvung und zur Zerschlagung solcher Agenturen in der Partei ein wirksames Mittel: das Prinzip der revolutionären Wachsamkeit. Es war erfolgreich, wenn es durchgängig eingehalten wurde; es verfehlte seine Wirkung, wenn man es außer Acht ließ. Seine Vernachlässigung führte neben vielen anderen Gründen zur Niederlage der kommunistischen Weltbewegung.

Der Klassenfeind ist seitdem für unsere Partei nicht ungefährlicher geworden. Er wird immer alles daran setzen, sie mit seinen Leuten zu durchdringen, um über wesentliche, aber auch scheinbar unwesentliche innerparteiliche Vorgänge informiert zu sein; um Zersetzung in unsere Reihen einzutragen bzw. bestimmte politische Vorgänge bei uns für Zersetzungs zwecke auszunutzen, gerade in Zeiten ideologischer und politischer Unklarheiten oder Unstimmigkeiten; er wird versuchen, Erscheinungen des Revisionismus in unseren Reihen, die bis zur Leugnung des Leninismus gehen, voranzutreiben; er zeigt sich auch an der Ausnutzung charakterlicher Schwächen und des Fehlverhaltens einzelner Parteimitglieder interessiert.

Wenn man diese Praktiken des Klassenfeindes im Auge hat, dann ist es so erstaunlicher, daß der Begriff „revolutionä-

re Wachsamkeit“ seit der Niederlage von 1989, seit der durch vielfältige Gründe - sie lagen keineswegs nur in unserer Partei - erfolgten teilweisen und zeitweiligen Schwächung der DKP in Veröffentlichungen und Verlautbarungen der Parteiführung keinen Platz mehr hat. Das gilt um so mehr für den Inhalt dieses Begriffs.

Bisweilen verhalten wir uns so, als ob wir es nicht mit dem nach innen und außen gefährlichsten, gerade wieder im Bunde mit seinen heutigen Noskes an einem Angriffskrieg beteiligten deutschen Imperialismus zu tun hätten. Dabei dürften in der Partei - in der Führung, unter den Funktionären, bei den älteren Genossinnen und Genossen - diese Praktiken des Feindes aus der Geschichte der kommunistischen Arbeiterbewegung ebenso wie die relativ gute Bilanz der Partei bei der Anwendung des Prinzips der revolutionären Wachsamkeit bekannt sein. Unsere Erfahrungen wurden in mehr als 80 Jahren ihres Bestehens und schon früher gesammelt.

Es könnte hier mit Schärfe eingewendet werden, daß die Befolgung des Prinzips der Wachsamkeit in den kommunistischen Parteien - unsere nicht ausgeschlossen - auch zu einem Mißbrauch mit schädlichsten Folgen geführt hat. Ein solcher Einwand wäre zum Teil durchaus berechtigt und es muß alles unternommen werden, daß derartige parteischädigende Verstöße gegen die marxistisch-leninistischen Grundsätze sich nie wiederholen. Auch hierauf erstreckt sich die revolutionäre Wachsamkeit. Sie darf nicht mit Mißtrauen verwechselt werden.

Die mißbräuchliche Anwendung dieses Prinzips in der Vergangenheit kann aber nicht seine Berechtigung, seine grundsätzliche Richtigkeit infrage stellen; denn die Einheit, die Geschlossenheit, die Reinheit der Partei hat für Kommunisten einen besonders hohen Stellenwert; ein Mittel zu deren Durchsetzung ist nun einmal die revolutionäre Wachsamkeit.

Meines Erachtens mangelt es in unserer Partei an Wachsamkeit und an zu kritischer und selbstkritischer Klärung führender Auseinandersetzung mit ideologischen Abweichungen vom Marxismus-Leninismus. Das glaube ich sagen zu können, obwohl ich aus Gesundheitsgründen nicht allzu oft an Parteiveranstaltungen habe teilnehmen können.

Hier und dort begegnet man einer für meinen Geschmack unwürdigen Haltung des Sichanbiederns an die PDS-Führung und ganz speziell gegenüber einigen Personen, die in der Vergangenheit - gewollt oder

zumindest objektiv - unserer Sache schweren Schaden zugefügt haben.

Bisweilen gibt es bei uns Verstöße gegen kommunistische Verhaltensnormen, die - auch bereits in ihrem Ansatz - zu Zersetzungserscheinungen führen können. Sie säen Mißtrauen und bewirken Verunsicherung. Negativ ist auch die Unduldsamkeit gegenüber kritischen Bemerkungen. Wenn aus berechtigter oder unberechtigter Verärgerung das Parteibuch hingeworfen wird, dann ist das eine Handlung, die in den allerwenigsten Fällen unser Verständnis finden sollte. Entweder bin ich Kommunist und kämpfe - nach Maßgabe der Kräfte - um den richtigen Standpunkt in Fragen der Ideologie, der Politik usw. oder ich gebe auf und muß mich dann allen Ernstes fragen lassen, ob dieses Verhalten überhaupt meiner kommunistischen Überzeugung entsprechen kann.

Unsere Partei muß sich m.E. wieder auf den marxistisch-leninistischen Grundsatz der revolutionären Wachsamkeit besinnen. Es geht um die Einheit, die Geschlossenheit und eine saubere solidarische Atmosphäre in der Partei. Dazu gehört auch, bei der Wahl von Genossen in Parteifunktionen wieder gerechtfertigtes bestimmtes Wissen über die Vergangenheit und den Charakter der vorgeschlagenen Kandidatin oder des Kandidaten zu gewinnen, um es dem Klassenfeind so schwer wie möglich zu machen, unsere Partei zu schädigen und ihre Kampfkraft weiter zu schwächen.

Harry Schmitt

**Am 30.4.1999 um 19.00 Uhr
beginnt die**

**Internationale 1.Mai-Feier
der DKP Berlin**

**im Haus am Franz-Mehring-
Platz 1**

**mit Gästen aus Chile, Griechenland,
Iran und Kolumbien.**

**Veranstalter:
Marx Engels Club der DKP Berlin**

1. Mai

**Internationaler
Kampftag**



Wie die CIA bei der „deutschen Einheit“ nachhalf

Ein Amerikaner in Bonn

Vor zehn Jahren schickten die Vereinigten Staaten einen „außerordentlichen und bevollmächtigten“ neuen Botschafter nach Bonn. Washington hatte ihn sorgfältig ausgewählt. Eshandelte sich um General Vernon Walters, ehemals Stellvertretender Direktor des USA-Geheimdienstes CIA, langjähriger Krisenmanager, Geheimdiplomate. Kurzum: ein Meister seines Faches. Walters ließ keinen Zweifel an seinen Absichten aufkommen. Bereits am 10. Januar 1989 zitierte ihn die FAZ mit den Worten: „Ich werde nicht gecheckt, wenn ein Erfolg wahrscheinlich ist. Eine meiner Aufgaben ist es, die letzte Ölung zu geben, kurz bevor der Patient stirbt.“ Die FAZ schloß ihren Bericht mit der vielsagenden Bemerkung: „Erfahren in den Schattenzonen und im Rampenlicht ist Walters immer mehr als ein gewöhnlicher Kurier“.

Als DDR-Bürger kein FAZ-Leser, stieß ich auf diese Passage erst bei der Lektüre von „Das RAF-Phantom“ (G. Wisniewski u.a.) Mich verblüffte, daß ich dabei erfuhr, Walters habe seine Spuren schon in den 50er Jahren beim Sturz des antiimperialistischen iranischen Premiers Mossadegh, der sich für die Verstaatlichung der Ölreserven seines Landes eingesetzt hatte, verdient und sei auch 1973 bei der Ausschaltung Allendes in Chile mit von der Partie gewesen. Egon Bahr, in solchen Kreisen durchaus kein Unbekannter, schreibt in seinem Buch „Zu meiner Zeit“ über Walters: „In dem anschließenden Gespräch verkündete er seinen Glauben, noch während seiner Botschafterzeit die deutsche Einheit zu erleben, und ergänzte diese Überraschung durch die Überzeugung, das werde wie eine Flut kommen; wer sich ihr entgegenstelle, werde fortgespült. Er war der einzige Mensch, den ich getroffen habe, der sie vorausgesehen hat.“

Im Lecloux Archiv konnte man 1996 unter Bezugnahme auf Munzinger über Walters lesen: „... Deutschland, dessen Weg zur Einheit er nicht aus Distanz, sondern mit Freude verfolgte. Er war beteiligt ... Den Tag der Wiedervereinigung hob er als Höhepunkt seiner Bonner Tätigkeit hervor“. Bahr bringt seine Bewunderung für Walters' „Weitsicht“ zum Ausdruck. Ein „zeitgeschichtlich sehr interessierter Bekannter“ habe ihm allerdings gesagt: „Ich neige mehr zur Bewunderung der Komplexität und Präzision der Operationspläne, nach denen der General handelte.“

„Bewundern“ kann ich einen notorischen Antikommunisten und Luntener natürlich nicht. Aber diese komplexen, präzisen Operationspläne hat es offensichtlich gegeben. So präzise, wie heute die Bomben auf Belgrad.

Fürgeich weitere Informationen hinzu, die mir seriöse Quellen vermittelten (z.B. das Buch „Headquarters Germany“ von Eichner-Dobbert), dann verdichtet sich mein Bild von

den real wirkenden Kräften bei der konterrevolutionären Zerschlagung der DDR. Die Märchenbüchern entlehnte und damals auch vom ND kolportierte Version von der „friedlichen Revolution“ habe ich ohnehin zu keiner Zeit geglaubt.

Weiß man mehr um die Zusammenhänge, dann stellt man sich zwangsläufig bestimmte Fragen. Aus dem Spanienkrieg (1936-1939) ist uns der Begriff „Fünfte Kolonne“ übermittelt. Die Faschisten marschierten mit vier als Kolonnen bezeichneten militärischen Verbänden auf Madrid und erklärten, ihre „fünfte Kolonne“ stehe in der Hauptstadt selbst. Gemeint waren verdeckte Agenten und getarnte Parteigänger der Faschisten, die im Verborgenen wirkten und deren Auftrag darin bestand, die Tore der republikanischen Festung von innen zu öffnen.

Erfüllte die DDR-Opposition“ in den 80er Jahren, zumindest in ihren elitären Teilen, nicht die Funktion einer solchen „Fünften Kolonne“? Nach Eichner-Dobbert betätigten sich ca. 200 DDR-Bürger als stabile Kontaktpartner der CIA. Engste Verbindungen zu deren Berliner Residentur unterhielten Leute wie der spätere CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der berüchtigten Enquete-Kommission zur Untersuchung des „SED-Unrechts“ Pfarrer Rainer Eppelmann und dessen Adlatus Rainer Hirsch. Der Nachweis hierzu wird in dem genannten Buch erbracht.

Hatte nicht der damals von vielen DDR-Bürgern noch naiv umjubelte „Gorbi“ die DDR längst fallengelassen und zum „Abschuß“ freigegeben? War damit nicht die entscheidende Voraussetzung für den Generalangriff auf sie geschaffen worden?

Handelte es sich vielleicht gar nicht um so „spontane“ und „verzweifelte“ Reaktionen ausreisewilliger DDR-Bürger, als fast zur gleichen Zeit die Botschaftsbesetzungen begannen, die Druck auf die DDR-Regierung ausübten?

Und was die „Montags-Demos“ betrifft: Gehörte nicht die Initiierung, Inszenierung und Intonierung von „Volkszorn“ im Innern eines Landes, spätestens seit Chile, zum Standardrepertoire der CIA? Was für ideale Bedingungen boten sich da angesichts der Tatsache, daß es für die westlichen Medien keine Grenze gab!

Und was die zur rechten Zeit durch käufliche Ungarn um den angeblichen Kommunisten und späteren Bourgeois-Premier Gyula Horn veranlaßte Grenzöffnung betrifft - war sie vielleicht die entscheidende Trumpfkarte des Walterschen Operationsplanes?

Fragen, die hier nur aufgeworfen und nicht beantwortet werden. Denn eine umfassende marxistisch-leninistische Analyse seinerzeitiger Entwicklungen steht noch aus. Jedenfalls teile ich die Auffassung Kurt Gossweilers („RotFuchs“ Nr. 14), der von „zweifachen

Angriffen“ auf die Lebenskraft des Sozialismus spricht: „Dem des Imperialismus von außen und dem der antileninistischen, ihrem Wesen nach revisionistischen Kräfte im Innern.“

Vernon Walters war einer der Hauptregisseure der äußeren Konterrevolution.

Dieter Itzerott

Bekenntnisse eines Ungewendeten

Der Schweriner Kommunist Günter Buschow hat ein vom Berliner Pegasus Druck gestaltetes autobiografisches Buch vorgelegt: „Ein ganz normales Leben in vier deutschen Staaten“. Der Autor, der 40 Jahre in der DDR Lehrer war und sich im Sinne gewisser „Geschichtsaufarbeiter“ und Gauckisten als „sehr üble Altlast“ betrachtet, markiert seine Position unmißverständlich: „Ich gestehe, an der Herausbildung der DDR-Identität mitgewirkt zu haben.“

Buschows Bericht, der nichts Spektakuläres aussagen will, ist farbig und zugleich voller Bekenntnisse. So schreibt der PDS-Genosse u.a.: „Einen Gedanken zum 'Dogmatismus'. Wenn darunter verstanden wird, alles vom Klassenstandpunkt aus zu sehen, dann bin ich für diesen Dogmatismus. Verstehen wir darunter, Antworten auf die vom Leben aufgeworfenen Fragen mit 'Lebensweisheiten älterer Herren, vielleicht noch wortgetreu zitiert', zu beantworten, bin auch ich dagegen. ... Weder Lehrbücher noch 'Klassikerzitate' eignen sich für endgültige, ein-für-allemal gültige Antworten auf Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung. Warum wohl hat z.B. Lenin so viele Artikel, die eine ganze Bibliothek füllen, verfaßt? Weil ständig neu herangereifte Fragen zu beantworten waren - meine ich.“

Der heute 70jährige Pädagoge stellt fest: „Für mich ist Sozialismus eine neue Zivilisation, umfassender als das, was wir schon 'entwickelten Sozialismus' nannten; aber er ist für das Überleben der Menschheit die einzige Alternative. Und: jeder, der heute vom oder über den Sozialismus spricht und dabei vom 'kommunistischen Regime', ist für mich ein bewußter und böswilliger Antikommunist.“ Günter Buschow, der gestandene DDR-Bürger, schließt sein Buch mit folgenden Zeilen einer mutigen Kämpferin:

„... Ich sehe keinen Grund, den Verlauf der Geschichte und meine eigene darin eingebettete Lebenszeit mit den Augen der derzeitigen Triumphatoren zu betrachten. Es sind die Augen von Betrugern, Dieben und Räubern, deren kollektives System davon lebt, sich über das Schwächere herzumachen.“

Der Autor fügt hinzu: „Bravo! Inge V.“

K.S.

Günter Buschow. Ein ganz normales Leben in vier deutschen Staaten. Pegasus Druck, Berlin-Prenzlauer Berg. 1998. 124 Seiten

Wir laden alle Mitglieder, Freunde und Sympathisanten zu einer öffentlichen DKP-Veranstaltung der Gruppe Nordost

**am Dienstag, dem
25. Mai 1999, um 19.00 Uhr**

in das Haus am Franz-Mehring-Platz 1 ein.

Thema: Kommunisten in Betrieb und Gewerkschaft

Es spricht:

GENOSSE REINER VOLLRADT,
Bezirksvorsitzender der DKP Berlin
und ehemaliger Siemens-Betriebsrat

Große Antifa-Demo in Berlin Weißensee

(RF) Als Antwort auf eine geplante Provokation der faschistischen NPD und ihrer Jugendorganisation JN, die auf dem Weißenseer Pistoriusplatz eine Kundgebung veranstalten wollten, die dann in letzter Minute durch Absprache mit der Polizei nach Marzahn verlegt wurde, fand in dem Nordost-Berliner Stadtbezirk eine eindrucksvolle Manifestation des Antifaschistischen Aktionsbündnisses III und weiterer Aufrufer statt. Sozialisten und Kommunisten, Nazigegner aus den Reihen der Grünen und Antifaschisten eines breiten Spektrums weiterer Organisationen wandten sich auf ihrer Demonstration zwischen Hamburger Platz und Antonplatz gegen Versuche der NPD und der REPs, sich in Weißensee und Pankow festzusetzen. Nicht zufällig stammt ein großer Teil der Tatverdächtigen rechtsextremer Gewalttaten aus jenen Berliner Bezirken, in denen die beiden Neonaziparteien ihre Hauptquartiere aufgeschlagen haben.

Mehr als 1 000 Demonstranten brachten in Weißensee ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, Widerstand gegen Ausländerhaß und Rechtsextremismus zu leisten. Sie schlossen sich der Meinung der Veranstalter dieser Demonstration an: „Wir werden es nicht hinnehmen, daß faschistische Strukturen und Veranstaltungen in Berlin und anderswo zur Normalität werden. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß Senat und Polizei Nazi-Aufmärsche in Berlin nicht verhindern. Deshalb werden wir uns versammeln, um Zeichen gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit zu setzen“.

Aus dem Leben unserer Gruppe

„Wir und die PDS“



Am 23. März - dem Vorabend des verbrecherischen NATO-Überfalls auf Jugoslawien - traf sich die Gruppe Nordost zu einem Diskussionsabend über das Thema „Wir und die PDS“. Zum ersten Mal fand unsere Veranstaltung in dem vergleichsweise angenehmen Ambiente des Blauen Salons im früheren ND-Gebäude statt. Fast jeder der Teilnehmer hatte seine ganz persönlichen Erfahrungen mit der PDS - auch seinen ganz persönlichen Groll gegenüber ihrem zunehmend sozialdemokratisch orientierten Kurs. So kamen in der Diskussion vielfältige und verschiedene Meinungen über den wechselseitigen Umgang beider Parteien zur Sprache. Ausgangspunkte waren die Charakteristik der DKP, wie sie an den Mannheimer „Thesen zur Programmatischen Orientierung“ ablesbar ist sowie Programm und Statut der PDS. Bruni Steinigers auf der 3. Tagung des Parteivorstandes gegebene Einschätzung wurde geteilt: „Die PDS ist noch immer die einflußreichste linke Kraft in Deutschland. ...

Aber sie ist keine homogene Partei. Während die Mehrzahl der Mitglieder an der im gültigen Programm festgelegten antikapitalistischen Grundorientierung und an einem nicht näher definierten sozialistischen Ziel festhält, verstärken sich auf allen Ebenen reformistische und auch offen anti-kommunistische Tendenzen.“ Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Suhler Parteitages reflektierte die Diskussion alle Facetten dieser Bewertung.

So wies ein Genosse darauf hin, daß der „Virus des Opportunismus“ nicht nur in der Führung der PDS Fuß gefaßt, sondern sich bis in die Basisorganisationen hinein eingenistet habe. Andere Teilnehmer der Diskussion machten auf auch für Kommunisten durchaus unterstützenswerte Forderungen und Zielsetzungen im Europa-wahlprogramm der PDS aufmerksam. Deren Glaubwürdigkeit werde allerdings durch die Benennung von A. Brie als Spitzenkandidat der PDS stark eingeschränkt. Es gab Kritik an den - wie ein früherer SEW-Genosse meinte - Anbiederungsversuchen unserer eigenen Parteiführung bei der PDS. In diesem Zusammenhang verwies er auf die von ihm als peinlich empfundene Bewerbung Leo Meyers um einen völlig aussichtslosen Platz auf der durch Brie angeführten Liste. Breiten Raum nahm die (keineswegs abgeschlossene) Ver-

ständigung über unser taktisches Verhalten bei der Europawahl ein. So forderte ein Genosse, wir sollten damit aufhören, Wahlwerbung für die PDS zu betreiben. Eine Genossin vertrat den Standpunkt, wir müßten, wenn wir künftig mit eigenen Kandidaten an Wahlen teilzunehmen gedächten, rechtzeitig daran denken, langfristig „eigene Leute aufzubauen“.

Einig waren sich alle, daß die organisatorische, politische und ideologische Stärkung der DKP die Grundvoraussetzung dafür ist, daß man von Partnern ernst genommen wird. Dabei spielen quantitative und qualitative Faktoren eine Rolle. Bedingung sei die strikte Beachtung der Forderungen des VII. Weltkongresses der Komintern (1935), der den konsequenten Bruch mit allen sektiererischen und dogmatischen Auffassungen als Bedingung für eine erfolgreiche Einheitsfrontpolitik bezeichnet hatte. Der Entwicklung vorausseilende und die Realitäten verkennende UZ-Schlagzeilen wie „DKP: Jetzt endlich Enteignung der Banken“ entsprächen dem nicht. Prof. Dr. Erich Kundel aus Strausberg, der als Gast an der Veranstaltung teilnahm, verwies auf den kürzlich erschienenen Sammelband „Gegen den Zeitgeist“ und die ihm zugrundeliegende Konferenz, die er als Muster für eine Zusammenarbeit, bei der niemand von den Beteiligten prinzipielle Positionen hätte aufgeben müssen, bezeichnete.

Bruni Steiniger brachte die verschiedenen Meinungen auf den Punkt, als sie die „Dialektik von Konflikt und Zusammenarbeit“ als unser politisches Prinzip im Umgang mit der PDS benannte. Hierfür müsse man immer wieder neue Lösungen suchen. Dazu wurde auch auf (an anderer Stelle von Karl-Eduard v. Schnitzler, Manfred Sohn u.a. dargelegte) interessante Vorstellungen über denkbare Wege der PDS verwiesen. Auf sie müßten wir uns einstellen. Damit war klar, daß uns dieses Thema wohl noch des öfteren beschäftigen wird.

Die Versammlung fand - wie eingangs bereits erwähnt - nur einen Tag vor Beginn der völkerrechts- und grundgesetzwidrigen NATO-Aggression gegen Jugoslawien statt. Angesichts der an diesem Abend bereits absehbaren Gefahr kommender Bombardierungen versicherte die DKP-Gruppe Berlin Nordost die zu dieser Stunde noch potentiellen, inzwischen aber tatsächlichen Opfer des unerklärten Krieges ihrer Solidarität.

Frank Mühlefeldt

Wie war das mit der Demokratie in der DDR?

Stereotypen und Dialektik

Ein Stereotyp beherrscht die bürgerliche und linke Geschichtsschreibung in trauriger Einheitlichkeit: „Mangel an Demokratie in der DDR“. Es ist geradezu ein Axiom der „Aufarbeitung“ der Geschichte der DDR durch Historiker und Ideologen - von der CDU über Briebe zu Schriften der DKP -, wonach „die sozialistische Demokratie massiv verletzt wurde“ (Sozialismus-Vorstellung der DKP, Juli 1998).

Im Gegensatz zur BRD, die sich als Hort der Demokratie begreift, obgleich das Volk dort zweifelsfrei nicht im entferntesten herrscht, hat niemand in der DDR je behauptet, vollkommen zu sein. Im Gegenteil - wir waren stets bemüht, der Demokratie immer breiteren Raum zu geben. Aber die Demokratie hat in der DDR ihre Geschichte, ihr Auf und Ab. Bei Betrachtung Deutschlands in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts fällt auf, daß es viele demokratische Teilaktionen und einen mehr oder minder entwickelten Parlamentarismus in der BRD gegeben hat; aber wirklich von der Mehrheit des Volkes selbst organisierte demokratische Ereignisse haben ausschließlich auf dem Boden der SBZ/DDR stattgefunden.

Die Bodenreform war eben nicht nur ein Befehl der Besatzungsmacht, sondern ein gewaltiger demokratischer Akt der Arbeiter und Bauern, der Landarbeiter, aller Parteien, der Kirchen und vieler Organisationen mit Unterstützung des größeren Teils der Bevölkerung. Natürlich waren die Nazi-Aktivist, Großgrundbesitzer (soweit sie nicht schon in den Schutzbereich der westlichen Alliierten getürmt waren) und auch viele Ängstliche gegen die Bodenreform. Aber die Mehrheit für sie kann selbst heute nicht bestritten werden.

Die Schulreform zur Sicherung gleicher Bildungschancen für alle Kinder war ohne den massenhaften Einsatz von Lehrern, Neu Lehrern, Vertretern der Wissenschaft, Schulbuchautoren, Eltern, Parteien nicht durchführbar. Natürlich gab es auch Widerstand, aber eine Mehrheit hat es durchgesetzt.

Mit der demokratischen Justizreform wurde das Nazi-Recht beseitigt, das in der BRD munter weiterwirkt. Wurde diese Reform etwa gegen das Volk verwirklicht? Eine Mehrheit hat sie getragen.

Die Enteignung der Banken und Konzerne war nicht nur durch internationales Recht gedeckt, sondern auch durch Volksentscheid.

Natürlich verletzen alle diese und nachfolgende Schritte massiv bürgerliches Recht, das ja dem Schutz des Privateigentums dient. Da nicht über alles formal abgestimmt wurde, handelte es sich auch um eine Verletzung des Begriffs der parlamentarischen Demokratie; auf Scheindebatten in Parlamenten wurde bei uns verzichtet. Eine entscheidende Lehre

der DDR-Gründungszeit besteht gerade darin, daß aus der Sicht und im Rahmen des bürgerlichen Rechts, des bürgerlichen Parlamentarismus und der formalen Demokratie derartige Reformen nicht durchführbar sind. Im bürgerlichen Sinne ist das alles Unrecht, andererseits betrachtet die Bourgeoisie die Enteignung der Arbeiter und Bauern, aller Bürger der DDR seit 1990 als Recht, wenn es auch keine demokratische Legitimation dafür gibt.

Seit etwa 1961 nahm die Demokratie in der DDR neue Formen an. In den Vordergrund rückten nun die Demokratie in den Betrieben, die demokratischen Massenaktionen der Nationalen Front, die breite öffentliche Debatte über die Verfassung, um das neue Arbeits- und Familienrecht. Hierzu gehörten auch die Diskussionen zu den Musterstatuten der LPG, die heiß und langwierig waren, eben im besten Sinne demokratisch.

Gespottet wird heute auch über die Plan diskussion. Hat ein „Geschichtsaufbereiter“ etwa je an Ort und Stelle verfolgt, wie lebhaft, energisch und rücksichtslos dabei Arbeiter von ihrem Bestimmungsrecht Gebrauch gemacht haben? Natürlich gab es auch „Avantgardisten“, selbsterherrliche und arrogante Parteisekretäre, Besserwisser, Karrieristen, Liebediener. Wer glaubt, es gäbe im Sozialismus nur „edle“ Menschen, ist einfach naiv.

Tatsächlich mußten - insbesondere seit Anfang der 70er Jahre - Rückschritte bei der Entwicklung der sozialistischen Demokratie festgestellt werden. Aber das einfach nur auf Honecker zurückzuführen, ist zu billig. Hier beginnt bei den „Aufbereitern“ der Geschichte die Vertauschung von Ursache und Wirkung.

Trotz aller Anstrengungen der DDR, die Schere zwischen Erweiterung der Produktion und Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution einerseits, der dringend erforderlichen Lösung sozialer Probleme (z.B. im Wohnungsbau) andererseits und schließlich der Erfordernisse der Landesverteidigung zu schließen, blieb die produktive Akkumulation letztlich auf der Strecke. Damit wurden die Felder demokratischer Entscheidungen auf allen Ebenen immer enger. Wer als Partei- oder Staatsfunktionär etwa ab 1975 in Arbeiterversammlungen gesessen hat, ohne Antwort geben zu können, weiß ein Lied davon zu singen. Wie sollte man die demokratische Neuererbewegung in Gang halten, wenn Vorschläge und Erfindungen oft materiell nicht zu realisieren waren? Worüber sollte eine Gemeindevertretung beraten, wenn es kaum noch etwas zu entscheiden gab, weil häufig kein Geld da war? (Heute nennt man so etwas „Sachzwang“, im Falle der DDR aber „Schuld der Partei“) In dieser Zeit wurde die Nationale Front nicht selten zur Farce; Produktions-

beratungen waren oftmals peinlich. Das können die „Aufarbeiter“ unendlich beschreiben, nur die Wurzeln, die ökonomischen und gesellschaftlichen Ursachen und Gesetzmäßigkeiten im nationalen und internationalen Maßstab deckt das nicht auf. Was man subjektiv der damaligen Parteiführung vorwerfen muß, ist die Tatsache, daß sie diesen Niedergang entweder nicht erkannt oder verschwiegen hat. Die zunehmende Verletzung der Demokratie innerhalb der SED, der übertriebene Zentralismus und die Reduktion „der Partei“ auf den Parteiparat war aber eher Folge des ökonomischen Niedergangs als dessen Ursache; dennoch äußerst schädlich und die Lage in diesem Sinne verschärfend.

Manche Aussage zum „Mangel an Demokratie“ bezieht sich in Wirklichkeit auf Beschränkungen bürgerlicher Freiheiten. Diese gab es ohne Zweifel: Nazi-Propaganda und Koalitionsfreiheit für SS- und Wehrmachtstraditionsverbände sowie Kriegspropaganda waren strikt verboten. Die Freiheit von Geld- und Bodenspekulation war beschränkt. Privatbesitz von Aktien und Drogenhandel waren nicht erlaubt; genauso wenig wie unkontrollierter Grenzübertritt. Eine hervorragende Aufgabe der Historiker wäre es, die Geschichte der Beschränkung der Reisefreiheit zu untersuchen. Bis 1961 bestand sie überhaupt nicht. Danach auch nicht für Reisen in sozialistische Staaten. Und schließlich: Wer hat sie wirklich beschränkt? Welche Rolle spielte der Doppelpaß der BRD? War die DDR nicht verpflichtet, ihre Bürger zu schützen?

Und was ist mit den „massiven Rechtsverletzungen“? Seit zehn Jahren versuchen ganze Heerscharen von Juristen und Gauck-Dienern Rechtsverletzungen in der DDR en masse nachzuweisen. Sie haben das Gegenteil bewiesen. Mir ist kein einziges heutiges Urteil bekannt, das wirklich eine Gesetzesverletzung zum Gegenstand hat. Abgesehen von Rechtsbeugungen der BRD-Richter. Sie zeigen in der Tat ihre Unabhängigkeit vom Völkerrecht und von den nationalen Gesetzen.

Um die Entwicklung der Demokratie in der DDR abzurufen, muß man auf den Schlußakt verweisen: Auf den äußerst „demokratischen“, durch nichts legitimierten Beschluß der „freien“ Volkskammer zur Auslieferung der DDR an das deutsche Finanzkapital. Unter ausdrücklicher Berufung auf die Verfassung eines ausländischen Staates - das BRD-Grundgesetz. Dieser Landesverrat - eine großartige Rechts- und Demokratieverletzung - wird natürlich von keinem „demokratischen“ Juristen verfolgt, sondern von einigen Geschichtsaufbereitern überdies noch als „zivilisatorische“ Großtat gefeiert.

Norbert Pauligk

Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (7)

Zur Frage des „Bündelns“ linker Kräfte

Es gehört zu den Binsenweisheiten des Marxismus-Leninismus, daß die Arbeiterklasse allein nicht siegen kann. Sie muß Bündnisse mit nichtproletarischen Klassen und Schichten eingehen. Die revolutionäre Partei darf jedoch zu keiner Zeit und unter keinen Umständen ihren proletarischen Charakter, ihre Selbständigkeit und ihre theoretischen Grundlagen, den Marxismus-Leninismus, aufgeben. Sie darf in ideologischen Fragen keinerlei Zugeständnisse an die Bündnispartner machen.

Seit geraumer Zeit ist in der UZ eine besorgniserregende Tendenz erkennbar: Da wird zwischen einer „marxistischen Linken“ und einer Linken unterschieden. Deren Kräfte müßten gebündelt werden, heißt es. Ausgrenzung, Abgrenzung seien schädlich. Sektiererische Positionen, wie sie z.B. von der Partei der Arbeit Belgiens ausgehen, müßten zurückgewiesen werden. Worin diese Positionen bestehen sollen, wird allerdings nicht mitgeteilt.

Den Vertretern einer solchen Auffassung geht es wohl vor allem darum, daß die DKP, die man als „marxistische Linke“ versteht, nicht mehr wie bisher von der PDS und anderen linken Parteien ausgegrenzt und lediglich als PDS-Stimmenbeschaffer in der Altbundesrepublik genutzt wird, während man selbst bestimmte marxistische Kräfte wie die Partei der Arbeit Belgiens ausgrenzt.

Betrachten wir diese Anschauung etwas näher. Der Begriff „Linke“ entstammt dem Vokabular des bürgerlichen Parlamentarismus und reflektiert die Sitzordnung im Parlament. Unter diesem inhaltlich diffusen Begriff kann man alles und nichts verstehen, läßt sich alles subsumieren, was zumindest den Anschein erweckt, gegen bestimmte Erscheinungen der spät-kapitalistischen Gesellschaft zu polemisieren. Das können Vertreter des linken Flügels in der CDU oder in der SPD sein, Linke bei den Grünen, in den Gewerkschaften, in sozialen Verbänden etc.. Alle diese Linken denken nicht im entferntesten daran, die kapitalistische Gesellschaft zu stürzen und sich für die Errichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse einzusetzen. Diese aber ist die unumgängliche Voraussetzung für die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Diese Linke - wir können sie wohl im Kontext der hier vorgestellten Auffassung als „nichtmarxistische Linke“ bezeichnen - bleibt im imperialistischen System fest verankert und will es bestenfalls durch ein paar kleine Reformen sozial erträglicher machen. Sie stabilisiert das System jedoch damit nur.

Sehen wir uns nun die bündelnde „marxistische Linke“ etwas näher an. Uns wird versichert, daß sie auf der wissenschaftlichen Weltanschauung der Theorien von Marx, Engels, Lenin und „anderen marxistischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern“ beruhe, wobei hier völlig offen bleibt, wer eigentlich gemeint ist; dies könnten Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Karl Kautsky, Eduard Bernstein, Antonio Gramsci, Stalin, Mao, E. Varga, Togliatti, Dimitroff, Castro, Rudolf Hilferding, Carillo, Berlinguer, Walter Ulbricht, Otto Grotewohl usw. sein. Die Auswahl überläßt man also der Beliebigkeit.

Zugleich werden auch alle diese „Theorien“ - es ist ausdrücklich von Theorien, Plural, nicht von einer Theorie die Rede - als gleichberechtigt gewertet. Mit einer solchen pluralistischen Aufzählung haben die Verkünder der „marxistischen Linken“ den von allen ehrsamern Bürgern als höchst verwerflich betrachteten Begriff des Marxismus-Leninismus ausgegrenzt und sich damit den „Linken“, den „nichtmarxistischen Linken“ wohlverstanden, als höchst bündelungsfähig empfohlen. Offenbar will man auch das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht mehr unbedingt aufheben, auch nicht die politische Macht der Arbeiterklasse erobern, sondern lediglich die Macht- und Eigentumsverhältnisse „zugunsten der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten verändern“. Wie diese Veränderung vor sich gehen soll, bleibt wieder der Beliebigkeit anheimgestellt.

Es ist verständlich: Bei eindeutiger Behauptung des Marxismus-Leninismus als einziger nichtpluralistischer theoretischer Grundlage für kommunistische Politik gibt es keine „Bündelung“ mit der PDS. Man muß sich als „bündelungsfähig“ erweisen, indem man den Marxismus-Leninismus „umschreibt“, ihn damit entsorgt und der Beliebigkeit übergibt. Andererseits würde ein Bündnis mit anderen kommunistischen Parteien und Gruppen, mögen deren Mitgliederzahlen zur Zeit auch noch so niedrig sein, eine solche Bündelung mit den Linken, d.h. den „nichtmarxistischen Linken“, gegenstandslos machen.

Bemerkenswert ist die Auffassung von Vertretern der „marxistischen Linken“, daß die angestrebte Bündelung einen „produktiven Wettstreit von Ideen und Weltanschauungen“ fördern würde. Nach Lenin - der ja bei den „marxistischen Linken“ als einer der Theoretiker auch noch erwähnt werden darf - gibt es nur bürgerliche oder

kommunistische Ideologie; ein Zwischending existiert nicht, und der Klassenkampf gegen jegliche Erscheinungsformen der bürgerlichen Ideologie, der bekanntlich nach allen Seiten - ökonomisch, politisch und theoretisch - geführt werden muß, gilt als unverzichtbar. Weder Marx noch Engels noch Lenin wäre es auch nur im Traum eingefallen, einen „Wettstreit von Ideen und Weltanschauungen“, sei er nun produktiv oder unproduktiv, mit bürgerlichen und kleinbürgerlichen Theorien zu verkünden. In theoretischen Fragen hört nämlich jede Beliebigkeit auf. Gegenüber der bürgerlichen Ideologie gibt es für Marxisten-Leninisten nur Abgrenzung und Kampf, um diese Ideologie zu zerschlagen, besonders in der Arbeiterbewegung und unter der Arbeiterklasse.

Die Preisgabe des Marxismus-Leninismus als einziger theoretischer Grundlage kommunistischer Politik bedeutet Abgleiten in die bürgerliche Ideologie, politisch in den Reformismus, theoretisch in den Revisionismus.

Es geht auch nicht darum, die kleinbürgerliche Losung der Französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ durchzusetzen. Dieses abstrakte Ideal beruht auf den bürgerlichen Menschenrechtserklärungen des 18. Jahrhunderts mit ihrem Kern - der Anerkennung des Privateigentums und des Rechts der freien Verfügung darüber -, womit die soziale Ungleichheit a priori manifestiert ist. Es geht bekanntlich um die Aufhebung des Privateigentums im Weltmaßstab, und die kommunistische Losung heißt noch immer - und heute mehr denn je: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

Freilich, unter dieser Losung ist eine Bündelung mit der „nichtmarxistischen Linken“ und ein Wettstreit mit den „Theorien“ des Herrn André Brie oder weiterer „Vordenker“ der PDS wohl kaum möglich.

Ulrich Huar

Ulrich Huar

Literaturhinweise: MEW Bd. 19, S. 159-166, Lenin „Was tun?“, Bd. 5, S. 389-399

Berichtigung: In Ulrich Huars Artikel „Die Bourgeois und ihre Ideologen“ („RotFuchs“ Nr. 14) wurde der im Englischen übliche Begriff „pressure from without“ (Druck von außen) irrtümlicherweise durch eine andere Formulierung ersetzt.



Reporterskizzen (12)

Gänsehaut mit Klassencharakter

Es war Anfang Mai 1974 - nur wenige Tage nach dem Sturz des portugiesischen Faschismus. Die für Lissabon bestimmte Caravelle hatte gerade von der Piste des Pariser Flughafens „Charles de Gaulle“ abgehoben, als die Dame im Sessel nebenan zum ersten Mal ihren lila bemalten Mund öffnete. Während sich das Flugzeug durch die Wolkendecke schraubte, sagte sie, indem sie meinen Arm vertraulich von der gemeinsamen Lehne herunterdrückte: „I am Gene Apple from Palm Springs in California.“ Davon überzeugt, den mit dieser Offenbarung erzielten Eindruck noch vertiefen zu müssen, schob sie eine mit Steinen besetzte Sonnenbrille, die zuvor zwei Drittel ihres Gesichts verdeckt hatte, bis in die aschblonden Haare hinauf. „Ich bin Bauunternehmerin“, markierte sie ihre Position.

Ich hätte keine Firma, sondern sei nur bei einer Zeitung angestellt, hielt ich mich zurück. Gerade das aber schien Miss Apples Interesse zu erregen. Als Zeitungsmann, sagte sie, müßte ich über Portugal umgehende Gerüchte bestätigen oder dementieren können. Ihre heimische Travel Agency sei nämlich durch nichts davon zu überzeugen gewesen, dieses „bloody country“ von der Liste in den Trip einbezogener Länder herunterzunehmen. Dort aber, so habe es in ihrem kalifornischen Lokalanzeiger, der sie über alles Wichtige in der Welt auf dem Laufenden halte, gestanden, geschähen ja beängstigende Dinge. Vorher sei in Portugal „wohl auch nicht alles ganz clean“ gewesen. „Doch jetzt soll das Chaos ausgebrochen sein“, sagte sie gequält. „Man spricht von Revolution. Die Roten an der Macht. Wie sehen Sie die Geschichte?“ Davon überzeugt, die Bauunternehmerin aus Palm Springs während des gut zweistündigen Fluges wohl kaum über das Niveau ihres amerikanischen Lokalblattes hinausheben zu können - und ich hatte den Informationsgehalt solcher Art bedruckten Papiers an Ort und Stelle gründlich kennengelernt -, ließ ich die in meiner Nachbarin schwelende Angst unbekümmert weiter glimmen. Ja, das möge wohl zutreffen, meinte ich düster, ohne mich in Details zu verlieren. „Lissabon - muß das sein!“, seufzte Miss Apple angesichts all des Ungewissens, das da auf sie zukommen schien. Bei den Reisegefährten, die in ihr - „übrigens nicht ohne Grund“ - eine Millionärin witterten, werde sie „im Ernstfall“ wohl kaum Unterstützung finden.

Nach der Landung sah ich mich um. Vor dem flachen Flughafengebäude stand ein Trupp junger Soldaten. An ihren Uniformblusen baumelten rote Nelken. „Schauen

Sie nur ...“, flüsterte die Kalifornierin. „Schicksal“, gab ich fatalistisch zurück, sagte artig Good Bye und dachte frohlockend: Donnerwetter, die Gänsehaut trägt Klassencharakter.

Zwei Tage später wurde ich vom Frühstückstisch ans Hoteltelefon gerufen. Wer mochte mich in diesem Quartier bereits aufgespürt haben? Die eigenwillig gedehnte Stimme, die mir aus dem Hörer entgegenklang, versicherte, einer Frau Adler zu gehören. „Ich bin beim deutschen Programm des hiesigen Rundfunks tätig. Durch Zufall habe ich erfahren, daß Sie in der Stadt sind. Sie täten uns einen Riesengefallen, Herr Doktor, wenn Sie an unserer nächsten Übertragung teilnehmen würden.“ Ich stutzte, war doch auf Anhieb schwer auszumachen, was dahinter steckte und womit sich die fremdsprachigen Sendungen gerade dieser Station befaßten. „Wie könnte ich Ihnen denn behilflich sein?“, suchte ich auszuweichen. „Sie haben völlig freie Hand. Sprechen Sie zu meinen Hörern über das, was uns jetzt alle am meisten bewegt: den 25. April, die Befreiung, den Anbruch einer neuen Zeit“. Das schien mir akzeptabel. So verabredeten wir uns für den folgenden Morgen.

Auf den Stufen der Eingangstreppe des in Sao Bento gelegenen Studios hockten Soldaten in Tarnuniformen. Ihre Karabiner waren lässig zusammengestellt. Aus jeder Gewehrmündung lugte ein cravo vermelho hervor - die Blüte dieses Frühlings.

In jenen Tagen der Euphorie begeisterte der portugiesische Rundfunk, dessen bisherige Programmdirektoren davongejagt worden waren, das aufatmende Volk für die Ideale des Antifaschismus. Lieder der internationalen Arbeiterbewegung und des Befreiungskampfes hatten die abgeschmackten Schnulzen verdrängt. Der Umbruch erfaßte selbst jene, die nichts mit ihm zu tun hatten oder noch weniger mit ihm zu tun haben wollten.

Welche Beweggründe sie gehabt haben mochte, mag dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall hatte sich auch Frau Adler verpflichtet gefühlt, einen Beitrag zur zeitgemäßen Umstellung der in ihre Hände gelegten Sendung zu leisten. Was ihr dabei bevorstehen sollte, ahnte sie indes nicht. „Meine lieben Hörerinnen und Hörer“ begann sie langgezogen und ein wenig monoton. „Heute machen wir mal etwas ganz anderes: wir beschäftigen uns mit Politik.“ Wie ein Zauberkünstler, der sein Kaninchen aus dem Zylinder freigibt, entließ sie die Überraschung in den Äther. „Unser Gast kommt aus Ostberlin. Er ist dort Journalist bei einer großen Zeitung, deren Na-

men er Ihnen gleich selbst nennen wird.“ In der anschließenden halben Stunde hatte ich das Redemonopol. Angesichts der schweren Artillerie, mit der plötzlich im gemeinhin seichten Gewässer ihres Live-Programms geschossen wurde, erbleichte Frau Adler. Sie lächelte gequält, räusperte sich von Zeit zu Zeit und war bemüht, wenigstens hin und wieder eine verharmlosende Frage einzustreuen.

„Für wen ist eigentlich Ihre Sendung bestimmt?“, fragte ich anschließend. „Für deutschsprachige Hörer im Ausland?“ „Oh nein“, erwiderte Frau Adler, wegen all des zerschlagenen Porzellans noch ganz außer Atem. „Wir wollen den Badegästen aus der Bundesrepublik Deutschland ein paar nützliche Hinweise geben.“

„Na, dann lagen wir mit unserem Geplauder ja goldrichtig“, war ich erleichtert. Frau Adler überblickte das Kräfteverhältnis nicht ganz. „Wenn Sie meinen ...“, zog sie sich vorsichtig aus der Affäre.

Ich sollte ihr persönlich nie wieder begegnen. Doch später, als der portugiesische Rundfunk im Zuge der vordringenden Konterrevolution und nach entsprechenden „Säuberungen“ wieder auf sein altes Niveau zurückfiel, hörte ich bisweilen beim Rasieren die mit banalen Ratschlägen aufwartenden Plätschereien in deutscher Sprache. Teil der kommerziellen Werbung, empfahlen sie betuchten Bundesbürgern nicht nur den Kauf goldenen und silbernen Filigrans, madeirensischer Stickereien und Aguedaer Keramik, sondern gaben ihnen auch politische Orientierungshilfe. „Meiden Sie heute Nachmittag lieber den Park Eduards VII. Dort findet nämlich eine kommunistische Demonstration statt, und es könnte unruhig werden“, riet eine unverwechselbar gedehnte Stimme ihren Hörern.

Klaus Steiniger

25 Jahre Nelkenrevolution in Portugal

Der Marx Engels Club zeigt den Sabine-Katins-Dokumentarfilm (DDR 1978)

„SANTA VITÓRIA GIBT NICHT AUF“

Gesprächspartner:

Dr. Klaus Steiniger, ND-Korrespondent in Portugal von 1974-1979

Ort: Franz-Mehring-Platz 1

Termin: 12. Mai 1999, 19.30 Uhr

Zum 100. Geburtstag des legendären Interbrigadisten Hans Kahle

Vor Madrid auf Barrikaden ...

Am 22. April 1899 - an der Schwelle zum 20. Jahrhundert - wurde Hans Kahle im Deutschen Kaiserreich geboren. Er erlebte vier Abschnitte deutscher Geschichte: das Kaiserreich, die Weimarer Republik, die Nazi-Herrschaft und schließlich die ersten zaghaften Schritte in einen demokratischen Neubeginn nach 1945. Ein deutsches Schicksal, exemplarisch für das halbe Jahrhundert, in dem sich die Welt mehrfach veränderte.

Unter dem Preußenadler wurde Hans Kahle in der Kadettenanstalt Berlin-Lichterfelde zum Offizier erzogen. Mit 18 Jahren kam er an die Front und ein Jahr später geriet er als Leutnant und Kompanieführer in französische Gefangenschaft. 1920 aus dieser entlassen, nahm er kurz darauf seinen Abschied vom Militär. Den Wirren der frühen Weimarer Republik ging er aus dem Weg: Sechs Jahre lebte er in Mexiko, wo er kaufmännisch tätig war.

1927 kehrte Hans Kahle nach Deutschland zurück, arbeitete als Journalist und wurde ein Jahr später Mitglied der KPD. Als Redakteur und Verlagsleiter schrieb er Artikel und Kommentare für die kommunistische Rundfunkzeitschrift „Arbeitersender“. Exponiert durch Wort und Tat, mußte er unmittelbar nach Hitlers Machtübernahme in den Untergrund gehen. Zunächst versteckte er sich in Berlin, dann emigrierte er in die Schweiz und später nach Frankreich. Weitere Stationen waren das Saargebiet während des Abstimmungskampfes und für kurze Zeit die Sowjetunion. 1935 ging er im Auftrag der Roten Hilfe nach Spanien, um die Hilfsaktionen für die Opfer des Bergarbeiteraufstandes in Asturien zu koordinieren.

Als der Spanische Bürgerkrieg ausbrach, gehörte Hans Kahle zu den ersten internationalen Freiwilligen, die der bedrängten Republik zu Hilfe eilten. Als Bataillonskommandeur vor Madrid, als Kom-

mandeur der 11. Internationalen Brigade und als Kommandeur der 17. und der 45. Division kämpfte Hans Kahle für das republikanische Spanien. Berufene Zeugen überliefern bleibende literarische Erinnerungen: Ludwig Renn und Gustav Regler, Willi Bredel und Alfred Kantorowicz, Bodo Uhse und Theo Balk, Ernest Hemingway und Klaus Mann erzählen vom Freund, Genossen und Weggefährten, dem Oberstleutnant Hans. Nach dem Ende des Spanischen Bürgerkriegs führt Hans Kahles Weg über

ehrte ihn postum immer wieder. Eine Kaserne der NVA in Stern Buchholz trug seinen Namen, eine Oberschule in Karstädt, das Arsenal am Pfaffenteich in Schwerin, Bezirksbehörde der Volkspolizei, hieß Hans-Kahle-Haus, eine Straße wurde nach ihm benannt. Äußerlichkeiten, die heute Schall und Rauch geworden sind. Die Ausradierer und Umbenenner haben ihr Werk schnell vollbracht.

Die Presseorgane der DDR und Publikationen des Militärverlages gedachten

Hans Kahles. An den Gedenktagen der Internationalen Brigaden und des Spanischen Bürgerkriegs, zu seinem 70. und 75. Geburtstag erschienen Gedächtnisartikel und Schriften. Ehrende Worte kennzeichneten neben Kurzbiographien die jeweiligen Veröffentlichungen. Auf dem Schweriner Friedhof fand Hans Kahle eine Ruhestätte. In den späten 50er Jahren überführte man seine Urne in ein Grab- und Erinnerungsmal der Gedenkstätte der Sozialisten, ebenfalls auf dem Schweriner Friedhof. In unseren Tagen, nur vor we-



Brigadekommandeur Oberstleutnant Hans Kahle (2. v. l.) in den Stellungen des Bataillons „Edgar André“

Frankreich nach Großbritannien. Als Journalist setzt er sich für die Belange seiner Kameraden aus den Kämpfen in Spanien ein, schreibt militärpolitische Kommentare für angelsächsische Presseorgane. Sein Streben und seine Aufmerksamkeit sind bereits auf das neue, demokratische Deutschland gerichtet.

Anfang 1946 kehrt er endlich dorthin zurück. Fast 13 Jahre Emigration liegen hinter ihm. Er kommt zunächst in das zerstörte Berlin. Nur wenig später delegiert ihn die Partei als Chef der Landespolizei nach Mecklenburg-Vorpommern. Deren mühevoller Aufbau unter den schweren Nachkriegsbedingungen zehrt seine angegriffenen Kräfte schnell auf. Am 1. September 1947 stirbt Hans Kahle erst 48jährig in Ludwigslust.

Die Gründung der DDR durfte er nicht mehr erleben, ihr ruhmloses Ende blieb ihm erspart. Die DDR gedachte seiner,

nur vor wenigen Jahren, wurde die Gedenkstätte aufgelöst und geschleift. Erneut fand eine Umbettung der Urne statt, hinüber auf den Friedhof der Opfer des Faschismus. Hier ist sein Grab ständig - wie die jüngsten Beispiele zeigen - von rechtsradikalen Schmierfinken bedroht.

Ruhelos wie in dem halben Jahrhundert seines Lebens, so hat er auch in dem halben Jahrhundert seit seinem Tode keine Ruhe gefunden. Sein Platz in der Geschichte der deutschen antifaschistischen Bewegung aber ist unvergänglich. Es gibt Hoffnung für ein unbefangenes und unverkrampftes Jahrhundert des Gedenkens und der Ruhe.

Hans-Peter Kahle, Rosenheim

(Der Sohn Hans Kahles schrieb diesen Beitrag exklusiv für „RotFuchs“)

Zum 80. Jahrestag der Ungarischen Räterepublik

Revolution und Konterrevolution

Als am 13. November 1918 der Waffenstillstand verkündet wurde, war der Erste Weltkrieg in Ungarn zunächst beendet. Die drei Tage später eingesetzte republikanische Regierung blickte auf ein schweres Erbe zurück.

Die „Länder der Heiligen Ungarischen Krone“ in der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie waren ein Vielvölkerstaat, nur die Hälfte der Bewohner war ungarischer Nationalität. Seit dem 19. Jahrhundert hatte eine von Budapest aus betriebene Magyarisierung Nationalitätenkonflikte zur Folge gehabt. Unter alliierter Protektion und militärischem Druck lösten zahlreiche Nationalitäten gegen Ende Ersten Weltkriegs die staatsrechtlichen Bindungen mit der ungarischen Monarchie. Das Ergebnis war eine Annexion von zwei Dritteln des Staatsgebiets durch die Anreinerstaaten: Rumänische Truppen besetzten Siebenbürgen, tschechische Verbände einen Streifen im nördlichen Ungarn, und auch in das neue Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen wurden große Teile des Landes eingegliedert.

Ungarn litt nicht nur unter dieser außenpolitischen Hypothek, sondern war auch durch ein feudales politisches System geprägt. Nach der Aufgabe der monarchischen Staatsform betrieb die bürgerliche Regierung des Grafen Károlyi eine ökonomische und soziale Reformpolitik. Die wichtigsten Initiativen bestanden in der Einleitung einer Bodenreform, der Garantie staatsbürgerlicher Rechte sowie sozialen Schutzgesetzen. In der Nachkriegssituation verschärfte sich die Schwierigkeiten: Die Arbeitslosigkeit wuchs an, es gab Engpässe in der Versorgung der Bevölkerung. Im März 1919 mußte die Regierung zurücktreten, als die Alliierten eine weitere, neue Territorialverluste bedeutende Demarkationslinie festlegten.

Die Hoffnung auf sowjetische militärische Hilfe bereite den Weg für die Räterepublik: Sie wurde am 21. März 1919 von der vereinigten Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei ausgerufen. Lenin begrüßte die friedliche Einigung der Arbeiterparteien; er betrachtete das ungarische Beispiel als besonders lehrreich. Führender Vertreter der Regierung war der Volkskommissar für Auswärtiges Béla Kun. (Er war ab 1921 im sowjetischen Exil Mitglied des Exekutivkomitees der KOMINTERN und fiel 1939 den „Säuberungen“ zum Opfer.)

Die wesentlichen außenpolitischen Ziele der Räterepublik waren das Durchbrechen der internationalen Isolierung und die offensive Rückgewinnung „verlorener“ Ge-

biete durch die Rote Armee. Innenpolitisch wurden die Reformen vorangetrieben. Vorrangige Aufgabe war eine radikale Land-



Revolution und Demokratie in Ungarn 1919: Die Räte wurden frei gewählt

reform. Entschädigungslos wurden alle Besitztümer über 100 Morgen in Gemeineigentum überführt. Die Verstaatlichungen umfaßten aber auch Banken, Versicherungen, Bergwerke, das Verkehrs- und Schulwesen (bis dahin in der Verfügung der katholischen Kirche!). Wie in anderen europäischen Ländern bedeutete die revolutionäre Phase die erstmalige Einführung weitgehender sozialer Errungenschaften: Die Gleichstellung der Frau, das Verbot der Kinderarbeit, den Acht-Stunden-Tag. Insgesamt fanden die Maßnahmen im Volk eine positive Resonanz. (...) Im Staats- und Verwaltungsapparat wurden Veränderungen im sozialistischen Sinne vorgenommen. Reaktionäre Kräfte wurden entlassen. Revolutionstribunale sorgten für die „innere Ordnung“. Dies fand neben einschneidenden Maßnahmen im Agrarbereich wenig Beifall, insbesondere die Bauernschaft versagte Béla Kun die Gefolgschaft.

Sicherlich hätte eine Aufteilung der Felder statt der sofortigen Verstaatlichung des Bodens eine breitere Zustimmung zur Folge gehabt. Als entscheidend für das Scheitern der Räterepublik erwies sich die Übermacht ihrer militärischen Gegner. Die Alliierten lehnten das ungarische Räteresystem entschieden ab und unterstützten im April 1919 einen rumänisch-tschechischen Angriff auf Ungarn. Gleichzeitig formierten sich im Innern konterrevolutionäre Strömungen. Aus der am 13. April 1919 in Wien gegründeten antibolschewistischen „Gesellschaft zur Befreiung Ungarns“ ging in Szeged am 3. Juni eine weiße Gegenregierung hervor. Als die rumänische Armee vor Budapest stand, wurde am

1. August 1919 der Rücktritt des Revolutionsrates erzwungen. Nach 133 Tagen war die Räterepublik in Ungarn gescheitert.

Bis zum Frühsommer 1920 fiel das Land ins offene Chaos. Der nachrevolutionäre weiße Terror richtete sich gegen Exponenten der Räteregierung, er erfaßte wirkliche und vermeintliche Kommunisten. (...) Der Grundbesitz gelangte wieder in die Hände der Magnaten, die Fabriken in die der Kapitalisten. Auch die sozialen Errungenschaften wurden von den wechselnden Regierungen abgeschafft. Im Gerangel um eine stabile Nachfolge setzte sich unter Rückgriff auf eine mittelalterliche Institution im März 1920 Miklós Horthy als „Reichsverweser“ durch. Er schuf ein dauerhaftes, antidemokratisch-repressives System, das in den 30er Jahren eine Entente mit Hitlerdeutschland einging.

1994 erschien von Josef Tihanyi im Blattlaus Verlag Saarbrücken das Buch „Der Rosche. Lebensgeschichte und Ansichten eines ungarischen Antifaschisten. Einblicke in 75 Jahre ungarische Geschichte“, aus dem der Bericht über die ungarische Räterepublik entnommen ist. Auch die folgenden Worte stammen aus Tihanyis Feder: „Jetzt noch, wo ich diese Zeilen schreibe, würgt mich der Haß auf das fachsistoide Horthy-Regime (1920-1944), mitten in einer neuen Konterrevolution im Jahre 1990. Denn die den Kosenamen ‘Demokratisierung’ führende Restauration des Kapitals, des Kapitalismus in Osteuropa ist nichts anderes als die gemeinste nationalistische, faschistische Keime enthaltende Gegenrevolution!“

Ich denke jetzt an meine Eltern und ich weine. Die Konterrevolution von 1989 ist die Fortsetzung der Konterrevolution von 1919.“

Zusammengestellt von Eike Kopf



Die Konterrevolution wütete: Räte-Politiker aus Szekszárd kurz vor ihrer Ermordung

Vor 38 Jahren startete Juri Gagarin mit „Wostok“

Der Rote Stern im Kosmos

Der Start des ersten Menschen in die Weiten des Weltraums jährte sich nun zum 38. Mal. Am 12. April 1961 machte sich der sowjetische Fliegermajor Juri Aleksejewitsch Gagarin mit seinem Raumschiff „Wostok“ auf den Weg, den Kosmos für die Menschheit zu erobern. Damit wurde ein neues wissenschaftliches Zeitalter eröffnet.

Doch wie begann dieses wunderbare Abenteuer Raumfahrt? Eigentlich müßte ich hier beim sumerischen König Ethan beginnen, der nach der Sage schon um 320 v.u.Z. einen Himmelsflug unternommen haben soll. Doch das würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Deshalb beginnt unser Bericht erst 2277 Jahre später, am 4. Oktober 1957. Damals schoß die Sowjetunion den ersten künstlichen Satelliten „Sputnik 1“ in eine stabile Umlaufbahn um die Erde. Sein Piep-Signal faszinierte seinerzeit Millionen Menschen in aller Welt. Anderen jagte es kalte Schauer über den Rücken. In den USA löste der Weltraumerfolg der UdSSR, die zwölf Jahre zuvor noch weithin in Trümmern gelegen hatte, einen Schock aus. Bis dahin waren sich die Vereinigten Staaten technisch so überlegen vorgekommen, daß sie es sogar für möglich hielten, einen Kernwaffenkrieg zu führen, ohne ihr eigenes Territorium der Gefahr eines nuklearen Zweitschlages auszusetzen. Doch jetzt wurde auf einmal offensichtlich: Die „Russen“ konnten mit ihrer Trägerrakete atomare Sprengköpfe um die ganze Welt schicken ... Die imperialistischen Medien sprachen nun von der Drohung eines Kernwaffenangriffs auf die USA. Eine Massenhysterie war die Folge: Der Präsident wandte sich an die Bevölkerung. Das Trauma war schlimmer als der durch den Angriff auf Pearl Harbor ausgelöste Schrecken. Welche Schizophrenie: Statt sich über den Triumph der Wissenschaft zu freuen, brach für die Bürger der USA eine Welt zusammen.

Ich kann mich an keinen Bericht erinnern, der Ähnliches über das Verhalten der Sowjetmenschen aussagte, als der Amerikaner Neil Armstrong als erster Mensch den Mond betrat.

Westliche Wissenschaftler behaupten noch heute, die UdSSR habe es nur unter Ausnutzung der von den Leuten um Wernher von Braun entwickelten Technik der faschistischen Terrorwaffe V 2 (A4) geschafft, ihren Sputnik zu starten. Tatsache ist aber, daß nur sehr wenige Komponenten dieses Ursprungs Einzug in die sowjetische

Raketenforschung gefunden haben. Wahr ist auch, daß die Wissenschaftler der

UdSSR schon früh eigene, von der Technik der A4 unabhängige Wege gingen, die in der Entwicklung der R7 (Trägerrakete des Sputniks) gipfelten.

Von da an folgte Schlag auf Schlag. Schon drei Wochen nach „Sputnik 1“ wurde „Sputnik 2“ mit der Hündin Laika an Bord, die leider kurz nach dem Start an Überhitzung starb, ins All geschossen. 1959 sendete „Luna 3“ erstmals Fotos von der Rückseite unseres natürlichen Trabanten. War dem Menschen bis dahin nur dessen Vorderseite bekannt, konnten nun alle Mondgloben vervollständigt werden.

Dann, am 12. April 1961, begann das bemannte kosmische Zeitalter: „Wostok 1“



Juri Gagarin

startete vom Weltraumbahnhof Baikonur in der kasachischen Steppe mit einem Bürger der Sowjetunion an Bord. Doch was empfand der 27jährige Offizier der Luftstreitkräfte während des Flugs? Lassen wir Juri Gagarin selbst zu Wort kommen: „Ein Gefühl der Einsamkeit hatte ich nicht; ich wußte doch sehr gut, daß meine Freunde, daß das ganze Sowjetvolk mit mir waren.“ Ein schönes Gefühl. Niemals verspürte wohl ein Mensch mehr Geborgenheit als Gagarin in seinem Raumschiff.

Leider wurde der Kosmoseroberer nur 34 Jahre alt. Am 27. März 1968 verunglückte Gagarin bei einem Übungsflug. 1963 startete die erste Frau mit „Wostok 6“ in den Weltraum - Walentina Tereschkowa. Der nächste große Höhepunkt in der Geschichte der Raumfahrt folgte schon 1965: Alexei Leonow verließ erstmals einen Raumflugkörper und hielt sich 10 Minuten im freien All auf. Dabei endete sein Ausflug fast mit einer Katastrophe: Durch den fehlenden

atmosphärischen Druck blähte sich der Skaphander des Kosmonauten während des Raumspazierganges derart auf, daß sich der Wiedereinstieg durch die nun zu eng gewordene Luke äußerst schwierig gestaltete.

Wie ging es weiter im Kosmos? Als 1971 die sowjetische Station „Salut 1“ startete, wurde eine gänzlich neue Ära der Raumfahrt eingeleitet. Erstmals konnten nun auch längere Kosmosflüge und komplexere wissenschaftliche Experimente durchgeführt werden. Und wer erinnert sich nicht an den Start des DDR-Kosmonauten Sigmund Jähn und seiner sowjetischen Genossen mit dem Raumschiff „Sojus 31“ und deren Flug zur Raumstation „Salut 6“ im Rahmen des Interkosmosprogramms?

Von 1982 bis 1985 umkreiste „Salut 7“ den Erdball. An Bord waren neun Besatzungen mit insgesamt 24 Kosmonauten. Mehrere Langzeitflugrekorde wurden in dieser Zeit von Raumfliegern der UdSSR aufgestellt. Dabei konnte gründlich erforscht werden, wie der menschliche Organismus auf die Schwerelosigkeit reagiert. Über 400 Tage Aufenthaltsdauer sind bewältigt worden; länger würde ein Marsflug auch nicht dauern.

1986 startete die Raumstation „Mir“ zu ihrem mittlerweile 13 Jahre dauernden Flug um die Erde. Unzählige Besatzungen aus vielen Staaten der Welt trugen sich in das Bordbuch ein.

Doch leider steckt die russische Raumfahrt infolge des Crash-Kurses derer, die in der Sowjetunion den Sozialismus zerschlagen haben, in einer tiefen Krise. Die wahrscheinlich letzte Mannschaft begab sich jüngst mit einem Sojus-Raumschiff von Baikonur zur „Mir“. Sollte sich kein Sponsor mehr finden lassen - so tief ist man schon gesunken -, dann wird dies ihr Finalflug sein. Der kontrollierte Absturz zur Erde muß eingeleitet werden.

Machen wir uns nichts vor: Die Ära der sowjetischen-russischen Raumfahrt wäre damit beendet. Dabei könnte uns „Mir“ noch viele gute Dienste leisten. Denn rein technisch gesehen ist die betagte Dame bis heute gut in Schuß. Nach wie vor sind 80 Prozent aller Arbeiten an Bord wissenschaftlicher Natur. Nur ein Fünftel der Kraft muß für Reparatur- und Wartungsarbeiten aufgewandt werden. „Mir“ war ursprünglich nur für eine Lebensdauer von sechs Jahren konzipiert. Die Station besteht also mittlerweile mehr als doppelt so lang wie vorgesehen. Es zeugt von Hämme und Dummheit, wenn hiesige Medien nur von den Pannen der „Mir“ zu berichten wissen. Doch Mas-

Fortsetzung auf Seite 19

Warum die Sowjetunion mit Nazi-Kollaborateuren abrechnete

Zum Beispiel Bandera

In den „Mitteilungen der KPF der PDS“ 4/99 setzt sich Ellen Brombacher mit Brie, und dankenswerterweise auch mit dem „Schwarzbuch des Kommunismus“ auseinander. Allerdings scheint, daß sie es, sollte darin nicht Ironie liegen, stellenweise etwas zurückhaltend tut. Oder ob die betreffenden Passagen einer Unsicherheit in bestimmten Fragen zuzuschreiben sind? Vielleicht rührt ihre Vorsicht auch daher, daß man eben nicht alles aus Büchern, aus Akten herauslesen kann. Man muß es auch erlebt, gesehen haben, meine ich, um zu verstehen, wie es nach dem Krieg zu „grausamen Fakten und sehr Unstimmigem“ kam, wie sie schreibt.

Daniela Dahn hat hier deutlicher gesprochen. Nach dem Faschismus, schrieb sie, wäre die „Forderung, man hätte formaljuristisch perfekte Prozesse führen müssen, ... unhistorisch, lebensfremd, fanatisch-unmenschlich gewesen.“

Ellen meint offensichtlich bestimmte Strafen in der UdSSR. „Ein Beispiel soll das belegen“, schreibt sie und zitiert aus dem „Schwarzbuch“: „Bezeichnenderweise verzeichneten die Gulaglager zwischen 1944 und 1946 einen spektakulären Zuwachs an ukrainischen und baltischen Häftlingen ...“. Sie fügt hinzu: „Vermutlich sind das Tatsachen.“

Sicherlich. Wenn in der UdSSR Kollaborateure, Mörder von Kommunisten und Juden bestraft wurden, dann liegt auf der Hand: Ostwärts der Wolga gab es gar keine Möglichkeiten, mit den Faschisten zu kollaborieren. Und wenn weit mehr Ukrainer und Balten Kollaborateure wurden, so deshalb, weil in

der Ukraine und in den Baltischen Republiken immer noch weit mehr nationalistische und konterrevolutionäre Kräfte existierten als z.B. in Bjelorußland.

Was war in der Ukraine? Ellen schreibt: „... dieser oder jener, der noch bis in die Anfänge der 50er Jahre ... gegen die Sowjetmacht kämpfte, war gar kein Streiter für die Freiheit, sondern einfach nur ein Massenmörder.“

Dieser oder jener? Es gab eine ganze Armee des ukrainischen Faschisten Stefan Bandera, der im Grenzgebiet Westukraine-Polen-Slowakei mordete, bis er und seine Banditen sich über die CSR nach Bayern absetzten. Heute terrorisieren wieder zum Zuge gekommene Bandera-Leute der nächsten Generationen erneut weite Gebiete der Westukraine.

Zum Baltikum. Noch Ende der 40er Jahre kämpfte dort eine faschistische Bandenarmee gegen die Sowjetmacht. Erst als es der UdSSR gelang, einen ihrer Aufklärer in den britischen Geheimdienst, der diese Operationen leitete, einzuschleusen, konnten die konterrevolutionären Verbände zerschlagen werden. Die Überlebenden dürften wohl in ein GULAG gekommen sein.

Ich war als Wehrmachtssoldat 1945 an der Oder verwundet worden und lag ostwärts von Wismar im Lazarett. Im April war ich soweit wiederhergestellt, daß ich als „Gefähiger“ nicht mehr von Sanitätern getragen werden mußte. Das Lazarett sollte verlegt werden, und so bekam ich meinen letzten Befehl: „Holen Sie sich ein Gewehr, bewachen Sie den Zug auf dem Bahnhof. Nur Liegende und Lazarettpersonal dürfen rein!“

Ich ging mißmutig auf und ab und überlegte, wie ich nach Berlin gelangen könnte, ohne erst in Gefangenschaft zu geraten. Da betrat eine Frau den Bahnsteig. „Bitte lassen Sie meinen Mann und meinen Schwager in den Zug! Sie sind lettische SS-Offiziere, wenn die Russen kommen, sind wir erledigt!“ Die hatte mir gerade noch gefehlt. „Weg hier!“ „Nehmen Sie das“, sagte die Frau und drückte mir einen Tabakbeutel in die Hand. Er war schwer! Ich blickte hinein - und sah Goldklümpchen! Was war das? Da - ein kompletter Goldzahn! Also Plomben, Kronen ermordeter Juden, Kommunisten, Sowjetsoldaten!

Ich gab ihr den Beutel zurück. „Sehen Sie, daß Sie wegkommen, sonst mache ich von der Waffe Gebrauch!“ Das entsprach der Vorschrift. Ich nahm das Gewehr von der Schulter, lud durch, entscherte. Die Frau zog ab. Für mich ist es unbegreiflich, daß die sowjetischen Sicherheitsorgane niemals alle baltischen SS-Leute erwischt haben, so daß diese Mörder heute noch ihre Untaten feiern und von der BRD eine Rente beziehen können!

Weiteres. Während meiner Ausbildung begegnete ich auf dem Truppenübungsplatz einer Kompanie Krimtataren in Wehrmachtsuniform. Statt des Nazi-Adlers waren Pfeil

und Bogen aufgenäht. Etliche von ihnen hatten 1942 der SS geholfen, sowjetische Soldaten, die sich nach der Eroberung der Halbinsel Kertsch in deren Kalkfelsenhöhlen versteckt hatten, aufzuspüren und zu ermorden. Nach dem Krieg wurden die Tataren von der Krim verbannt. Das geschah ohne Einzelfallprüfung, dafür fehlten Zeit und Voraussetzungen. So passierte es gewiß, daß manche, die unbeteiligt waren, ebenfalls betroffen wurden.

Bei einem Angriff, den ich mitmachen mußte, lautete der Befehl: „Morgen früh um sechs! Ohne Artillievorbereitung! Die Spitze bilden Wlassow-Leute, die mit Kommandos auf russisch täuschen!“

Ellen erwähnt Wlassow. Er war der einzige sowjetische General, der sich der Wehrmacht ergab und anbot, aus gefangenen Rotarmisten eine antisowjetische Armee aufzustellen. Hitler wollte das nicht. Russen waren für ihn Untermenschen, künftige Sklaven der deutschen Herren im Osten. Gäbe es eine solche Armee, müßte man die Behandlung der Russen differenzieren. 1945 jedoch, als die sowjetischen Truppen auf Berlin vorstießen, ließ man Wlassow eiligst einige Formationen aufstellen. Wahrscheinlich kamen sie nach dem 8. Mai nicht in ein GULAG, sondern wurden als Deserteure und Überläufer erschossen. Dieser oder jener konnte sich vielleicht in den Westen retten, wo es ihm möglicherweise wie den Angehörigen jener Kosakendivision erging, die mit den Hitlerfaschisten in Jugoslawien gegen die Volksbefreiungsarmee gekämpft hatten und dann über Kroatien nach Kärnten geflohen waren, von wo sie durch die Briten an die Sowjetarmee ausgeliefert wurden.

Ja, da gab es auch noch die „Hiwis“, die Hilfswilligen, meist Ukrainer, die der Wehrmacht beim Nachschub, bei Instandsetzungsarbeiten usw. dienstbar waren. Auch habe ich Zweifel, ob wirklich alle Rotarmisten, die in den Kesseln des Jahres 1941 in Gefangenschaft gingen, das nicht hätten vermeiden können. Schließlich haben nicht wenige die Umklammerung durchbrochen oder sind als Partisanen in den Wäldern geblieben! Verständlich, wenn man nach 1945 sehr genau prüfte, unter welchen Umständen ein jeder kapituliert hatte.

Schließlich kann ich mich auch an Bilder der Nazi-„Wochenschau“ erinnern, die zeigten, wie Kaukasier den Deutschen halfen, Munition und Waffen die unübersichtlichen Bergpfade emporzuschleppen.

Ja, Ellen hat recht: „Es wird wohl bei derart bestialischer Kollaboration mit den Faschisten so manchen gegeben haben, der nach dem Sieg über die Okkupanten zurecht bestraft wurde.“

So manchen? Das dürfte an den Realitäten vorbeigehen.

Walter Florath

Fortsetzung von Seite 18

senmedien sind nun einmal Klassenmedien. Eine hübsche Geschichte noch zum Schluß. Nach der Zerschlagung der Sowjetunion war auch das Schicksal des roten Staatsbanners mit Hammer und Sicher besiegt. Am 31. Dezember 1991 ließ Jelzin weltweit alle sowjetischen Flaggen einziehen. Damit jedoch fand sich Kosmonaut Anatoli Arzbarski nicht ab. Kurz vor dem Start zur „Mir“ versteckte er in seinem Skaphander die - wie er sagte - „schöne Flagge der Sowjetunion“. In der Raumstation angekommen, befestigte er das Banner an einem Ausleger des Moduls „Quant“. So schwebte es noch mehr als ein Jahr lang über unserem Planeten.

Übrigens: Weltraumflieger wie German Titow und die zweite sowjetische Kosmonautin Swetlana Sawitzkaja haben auch nach dem Sieg der Konterrevolution nicht aufgesteckt. Sie kämpfen heute in den ersten Reihen der russischen Kommunisten für die Rückkehr ihres Landes zum Sozialismus und für die Wiederherstellung einer erneuerten Sowjetunion.

Matthias Bublitz

Am Rande bemerkt

□ Am 7. April gedenken wir des 20. Todestags von **Bruno Apitz**. Der am 28. 4. 1900 als zwölftes Kind eines Wachstuchdruckers geborene Schriftsteller war Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Liebknecht-Jugend, beteiligte sich an der Niederschlagung des Kapp-Putsches, trat 1927 in die KPD ein und war u. a. Leiter des Zentralverlags der Roten Hilfe. 1933 erste Verhaftung durch die Nazis; nach drei Monaten KZ in Colditz und Sachsenburg Entlassung; illegale Arbeit; im November 1934 zweite Verhaftung und Aburteilung zu 2 Jahren und 10 Monaten Zuchthaus (Waldheim); danach 8 Jahre im KZ Buchenwald bis zur Befreiung. Bruno Apitz ist weltweit bekannt geworden durch seinen „den toten Kampfgefährten aller Nationen“ gewidmeten Buchenwald-Roman „Nackt unter Wölfen“. Der Unmenschlichkeit des Faschismus werden die unbezwingbare Kraft der Solidarität und die führende Rolle der illegalen kommunistischen Partei gegenübergestellt. Das Buch wurde in 30 Sprachen übersetzt; bisher wurden über 2 Millionen Exemplare gedruckt – davon in der DDR allein über 1 Million. Soeben erschien im Aufbau Taschenbuch Verlag eine neue Auflage (427 S., br., 18,90 DM); man ist also hier ausnahmsweise nicht auf antiquarische Zufallsfunde (oder die RotFuchs-Bücherecke) angewiesen, wenn man das Buch für Kinder oder Enkel neu anschaffen will.

Über das künstlerische Schaffen von Apitz im KZ Buchenwald finden sich nähere Auskünfte u. a. in einem Kapitel des Buches „Schriftsteller im antifaschistischen Widerstand 1933–1945 in Deutschland“ von W. Brekle, Aufbau-Verlag Berlin und Weimar 1985 (2. Aufl. 1990).

Die Skizze – eine Studie von Fritz Cremer zur zentralen Figurengruppe des Ehrenmals in Buchenwald – entnahm ich der illustrierten Ausgabe von „Nackt unter Wölfen“, die 1959 im Mitteldeutschen Verlag Halle erschien.

□ Vor 50 Jahren, vom 20. bis 25. April 1949, fand in Paris und in Prag der erste **Weltfriedenskongreß** (auch als Gründungskongreß der Weltfriedensbewegung bezeichnet) statt. Aus seinem Ständigen Komitee entwickelte sich der Weltfriedensrat, dem später nationale Friedenskomitees aus über 130 Ländern angehörten (darunter als aktives und angesehenes Mitglied der Deutsche Friedensrat, später Friedensrat der DDR).

Die Ziele, für die der WFR eintrat (Verbot der Kernwaffen und aller Massenvernichtungswaffen; Beendigung des Wettrüstens; Beseitigung ausländischer Militärsstützpunkte; allgemeine, gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung; Beilegung von

Streitigkeiten auf friedlichem Wege durch Verhandlungen u. a.), sind heute noch von brennender Aktualität – eine neue, machtvolle Weltfriedensbewegung wäre dringend nötig!

□ Werner Hoppe erinnerte im RotFuchs Nr. 13 in seiner Rezension von Heinrich Hannovers „Die Republik vor Gericht“ an das 1966 erschienene Buch „Politische Justiz 1918–1933“ desselben Autors. Bereits vier Jahre vorher erschien von **Heinrich Hannover** im Pläne-Verlag seine Schrift „Politische Diffamierung der Opposition im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat“. Dieses Buch hatte wie das 1966 von **Lutz Lehmann** im Voltaire-Verlag veröffentlichte „Legal und opportun. Politische Justiz in der Bundesrepublik“ große Bedeutung in der Auseinandersetzung mit dem, was man „die rechts-staatliche Bekämpfung der auch nach dem Verbot nicht untätigen Kommunisten und der Abwehr der kleinsten Anfänge von systemkritischer, außerparlamentarischer Opposition in einem politischen Klima des alles durchdringenden Antikommunismus“ nennen könnte. Wer verstehen will, woher der gegenwärtige Antikommunismus in den Köpfen so vieler Alt-Bundesbürger (und Westberliner) kommt, der kann in den genannten Büchern einen Teil der Antwort finden.

Ein Buch west-östlicher Zeitgedichte. Das Nachwort verfaßte Huppert im Juni 1954 in Tbilissi. Verlag Volk und Welt, Berlin 1954. 232 Seiten

Hugo Huppert: Wanduhr mit Vordergrund. Stationen eines Lebens. [Wien / Moskau / Podzamcze; 1927–1942] Mittel-deutscher Verlag Halle/Saale 1977. 684 S.

Adam Mickiewicz. Ein Lesebuch für unsere Zeit. Hrsg. v. Walther Victor. Volk-verlag Weimar 1955. 556 Seiten

Kurt und Jeanne Stern: Schauplatz Paris. [Kommune – Resistance – Mai 68] Verlag Neues Leben, Berlin 1977. Zahlreiche Abbildungen, 408 Seiten

Juri Trifonow: Das Verschwinden. Roman. Aus dem Russischen von Eckhard Thiele. Nachbemerkung: Ralf Schröder. Verlag Volk und Welt, Berlin 1989. 216 S.

Juri Trifonow: Zeit und Ort. Roman in dreizehn Kapiteln / Das umgestürzte Haus. Autobiographischer Epilog. Aus dem Russischen von Eckhard Thiele. Verlag Volk und Welt, Berlin 1989, 2., erweiterte Auflage. 520 Seiten

W.M.



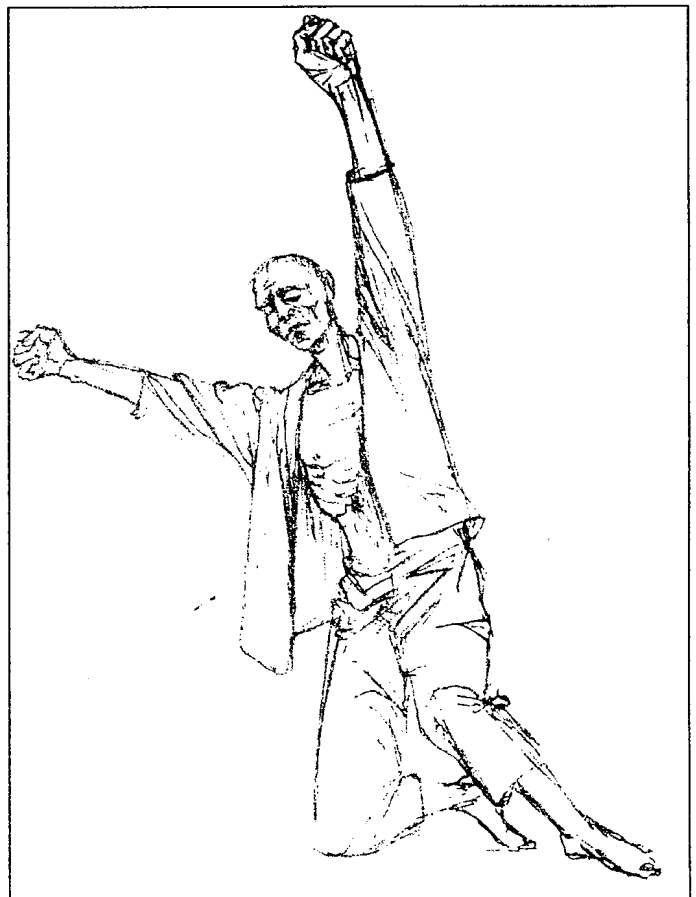
BÜCHERECKE

□ Gegen eine Spende für den RotFuchs sind abzugeben (von jedem Titel steht nur ein Exemplar zur Verfügung):

Gisela Heller: Potsdamer Geschichten. Mit Illustrationen von Ingeborg Voss. Verlag der Nation, Berlin 1987. 512 Seiten

Günter Hofé: Schlußakkord. Roman über eine entscheidende Phase des zweiten Weltkriegs. Verlag der Nation, Bln. 1974. 496 Seiten

Hugo Huppert: Georgischer Wanderstab.



Briefe an „RotFuchs“



Daß es den „RotFuchs“ gibt, ist jetzt noch wichtiger als bisher. Bei diesem ungeheuerlichen Aggressionskrieg braucht man mit Notwendigkeit das verbleibende Bündel von Organen, die sich der Wahrheit und der Solidarität verpflichtet fühlen.

Von den empörenden und zugleich entlarvenden Tatsachen will ich drei nennen:

1. Die neuen Krieger wischen, Schröder voran, jede politische Möglichkeit unbesehen beiseite. Sie wollten nicht vermitteln, sondern diktieren. Nunmehr wollen sie nicht sprechen, sondern zerstören. Sie dienen ihrer Rüstungsindustrie und der Konkurrenz der serbischen Wirtschaft.
2. Die deutschen Kirchen, die ihre Unterstützung früherer Aggressionen vorgeblich bereut hatten, legen mehrheitlich wiederum den falschen Kriegern ihre Zustimmung zu Füßen. Dabei lese ich in keiner der einschlägigen Erklärungen ein Wort über die schrecklichen Verbrechen deutscher Heere an gleicher Stelle in zwei Weltkriegen, die ebenfalls deutsche Anrißkriege waren.

Zwar sind die Erklärungen diesesmal mit dem Ausdruck von Kummer verbunden. Aber ob mit Hurrah, ob mit Gejammer, es wird den Kriegsverbrechern öffentlich ein gutes Gewissen gemacht, statt ihnen ins Gewissen zu reden. Lassen wir es nicht die armen, einfachen Christen entgelten, die sich schämen, sich am öffentlichen Protest gegen die Täter beteiligen und den Opfern ihre Solidarität bezeugen.

3. Deutsche Soldaten, Kommandeure und Politiker, die an schwierigster Stelle den Frieden geschützt haben und in einer Koalition zur Verhütung des Krieges standen, werden heute vor Gericht gestellt und öffentlich geschmäht. Ihre Ankläger und die neuen Krieger machen ein und die selbe Familie. Diese brauchte die Niederlage jener offensichtlich auch, um wieder Krieg führen zu können.

Die Menschen überall aber brauchen um des Friedens Willen nichts so sehr wie die Einheit der Linken.

Trotz Alledem!

**Pfarrer i.R. Dr. Dieter Frielinghaus,
Brüssow**

Mein gutes Gewissen, als junger Mensch PDS gewählt zu haben - die einzige Bundestagspartei, die konsequenter Kriegsgegner ist - nützt mir wenig. Nicht die NVA des „Unrechtsstaates“ DDR hat einen Angriffskrieg begonnen, sondern die Bundeswehr des „demokratischen Rechtsstaates“ ist tief in eine verbrecherische Aggression gegen einen souveränen Staat verstrickt. (...) Kanzler Schröder mag wissen, daß ich weder Verständnis für seinen Kurs aufbringe noch mich mit den deutschen Soldaten solidarisiere. Jeder junge Wehrpflichtige sollte sich darüber im klaren sein, daß er jederzeit in einem Angriffskrieg der NATO eingesetzt werden kann.

Sehr enttäuschend ist für mich das Verhalten der

Grünen, die einst als Friedenspartei auftraten. Wie feige Waschappen führen sie sich jetzt auf. Macht macht eben machthungrig. Fischer beweist es jeden Tag.

Christian Schöppe, Berlin

Wie immer habe ich den „RotFuchs“ gleich nach dem Erhalt durchgeblättert und inzwischen gelesen - mit völliger Zustimmung, insbesondere zu „Qual der Wahl“ auf Seite 1.

Wie DKP-Mitglieder landauf und landab stecken wir in den Aktionen gegen den Krieg in Jugoslawien. „Wir“ - das waren in dieser Woche vor allem unsere jungen Mitglieder, von denen zwei innerhalb der letzten Monate als damals noch nicht Achtzehnjährige in die Partei eingetreten sind. Übrigens: Gerade die klare Profilierung unserer kleinen DKP-Gruppe als etwas, das politisch nicht mit einer Art PDS-oP (PDS ohne Parlamentsmandate) verwechselt werden kann, trägt dazu bei, daß wir und nicht die PDS hier immer mehr zum Anziehungspunkt für engagierte Jugendliche werden.

Ihr seht: Die Provinz kämpft im Geiste der besten Berliner „RotFuchse“.

Dr. Manfred Sohn, Edemissen

Sehr spät, aber nicht zu spät erfahre ich aus den „Weißenseer Blättern“ von Ihrer Publikation, die mein Freund Peter Hacks (dem ich auch Ihre Anschrift verdanke) als „absolutes Muß“ bezeichnet.

Bitte führen Sie mich fernerhin unter den Beziehern Ihres Blattes, welchem ich für dieses Jahr eine Spende in bar beilege.

Dieter Noll, Wernsdorf

Unser Leben besteht aus Kompromissen - an dieser alten Volksweisheit ist sicher etwas dran. Wenn es allerdings um politische Grundfragen, historische Wertungen und daraus abzuleitende persönliche Haltungen ging, war ich bisher immer bemüht, mich klar für oder gegen etwas zu entscheiden. Mit dem Blick auf die Wahl zum Europaparlament und den Spitzenkandidaten der PDS, André Brie, befinde ich mich in der gleichen Qual der Wahl, wie sie von Klaus Steiniger im „RotFuchs“ Nr. 14 beschrieben wurde.

Eigentlich möchte ich der PDS-Liste meine Stimme geben, weil sich die Partei im Bundestag gegen den imperialistischen Angriffskrieg der NATO in Jugoslawien ausgesprochen hat. Gleichzeitig finde ich es aber unerträglich, daß ein Mann wie Brie in einem künftigen Europaparlament die deutsche Linke repräsentieren soll. Wer in Fernseh- und Zeitungsinterviews die DDR als Unrechtsstaat bezeichnet und - wie auch immer - mit dem Faschismus vergleicht, der ist ein Geschichtsklitterer.

Deshalb werde ich der PDS-Liste meine Stimme geben, den Wahlschein jedoch mit dem deutlichen Zusatz ... „aber ohne Brie“ ... versehen. Leider wird dieser dadurch ungültig. Ich tue es indes in der Überzeugung, auch in diesem Falle keinen faulen Kompromiß eingegangen zu sein, sondern mich eindeutig für die derzeit bedeutendste linke politische Kraft Deutschlands entschieden zu haben, aber gleichzeitig gegen

Brie. Könnten sich viele auf solche Weise an der Europawahl beteiligen, würde dies sicher kein überraschendes Ergebnis bringen, zum Nachdenken an gewisser Stelle jedoch allemal anregen.

Dieter Pfannenbergl, Schildow

Der „RotFuchs“ ist gut, konsequent, leninistisch. Er eignet sich zur Weitergabe - auch an Bürger. Für die Parteiarbeit, zum Verkauf benötige ich mehrere Hefte pro Ausgabe. Bitte teilt mir mit, was Eure Kosten betragen und schickt mir bitte bis auf weiteres jeweils fünf Exemplare. Eine Kontoadresse wäre ebenfalls nicht schlecht.

Marc Galwas, Merseburg

Wie schön haben es doch heute deutsche Soldaten. Nach Pressemeldungen werden sie für ihren Einsatz unter NATO-Fahnen im Kosovo mit Hilfe von Psychologen darauf vorbereitet, im ungünstigen Falle auch den Heldentod sterben zu dürfen. Für empfindsame Seelen ist das im Vergleich zu Deutschlands letzter „großer Zeit“ schon ein bedeutender Fortschritt, denn vor knapp 60 Jahren gab es für uns Rekruten - ich war 1943/44 Flakhelfer und anschließend bei der Kriegsmarine, um dann seit 1952 als Chirurg mit den Folgen von Kriegsverletzungen konfrontiert zu sein - keine Psychologen. Eine geringe Überlebenshilfe bot das Erfahrungsgut unserer Väter von 1914 - 1918, z.B.:

„Wenn du liegst im Massengrab, ist es völlig schnuppe, ob du einen Zug geführt oder eine Gruppe!“

Dieser Vers eines unbekannten Poeten sei den Bundeswehrpsychologen zur Optimierung ihrer Tätigkeit übermittelt und dazu noch: „Lieber fünf Minuten feige als ein ganzes Leben tot!“

Prof. Dr. sc. med. Kurt Franke, Berlin

Der „RotFuchs“ ist wie dazu geschaffen, Kraft zu geben. Allen Mitgestaltern meinen Dank. Sie tragen dazu bei, den notwendigen Optimismus zu stärken. Für die Ausgaben 20 Mark.

Erika Marx, Berlin

Seit drei Monaten erhalten wir den „RotFuchs“. Vielen Dank. Wir gratulieren allen, die ihn geschaffen haben und am Leben erhalten. In solidarischer Verbundenheit herzliche Grüße.

Kurt Winter, Werner Walde, Cottbus

Auf Umwegen konnte ich den „RotFuchs“ bekommen. Genau getroffen, einfach großartig. Grenzenlose Begeisterung. Es ist ja ein wahres Glück, daß es Euch und den „RotFuchs“ gibt. Klare Konturen mit wertvollen Informationen lassen ihn zum Vergnügen und einem Muß werden.

Schickt mir bitte den „RotFuchs“ monatlich zu. Als kleine Entschädigung lege ich 10 Mark bei.

Ruth Kolb, Berlin

Hallo, liebe Genossinnen und Genossen. Mir wird andauernd von Eurem Blatt vorgeschwärmt, das ich aber leider nicht kontinuierlich bekomme. Ich würde es gerne regelmäßig beziehen. Eure Internet-Seite finde ich recht gelungen. Ich werde auf unserer „offensiv“-Seite einen Link zu Euch setzen.

Kommunistische Grüße

Carsten Matthias, Hannover

In Nr. 14 zitiert Ihr die Losung der französischen Leninisten, die davon sprechen, ein Kommunist ohne Zeitung sei wie ein Soldat ohne Gewehr. Mit unserem neuen „Gewehr“ habe ich mich gerade vertraut gemacht. Halten wir es immer sauber und rein! Die Lehren von Marx, Engels und Lenin dürfen niemals in Vergessenheit geraten.

Die Artikel der jüngsten Ausgabe finden ausnahmslos meine Billigung. Sie sind konkret angewandter Marxismus-Leninismus. Manchmal denke ich, die Klassiker würden schmunzeln, uns die Hände drücken und sagen: Macht weiter so. Unser Werk befindet sich in guten Händen. Besonders erfreute mich die Lektüre des Artikels von Eike Kopf über Thomas Müntzer. Ich habe mich viel mit Müntzers Wirken befaßt und stets die starke Anziehungskraft seiner Gedanken empfunden. Ja, Genossen, wir stehen in dieser „sauberen“ Gesellschaft in der richtigen Tradition und auf der richtigen Seite. Diese Gewißheit gibt uns trotz allem den Mut für künftige Kämpfe.

Prof. Dr. Werner Pfoh, Berlin

Ich bitte darum, meinem guten alten Bekannten ... in ... für einen begrenzten Zeitraum den „RotFuchs“ zukommen zu lassen. Er hat in Kürze Geburtstag und ich möchte, daß er die erste Zeitung bis dahin erhält. Anbei 30 Mark.

Manfred Fischer, Berlin

Ich schreibe diese Zeilen voller Empörung über die NATO-Aggression gegen Jugoslawien, an der sich auch die BRD beteiligt. (...)

Als ich 1949 aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrte, erlebte ich die Remilitarisierung in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands. Wenige Jahre später trat die BRD, in der alte Nazis massenhaft in Amt und Würden waren, dem NATO-Bündnis bei. Die DDR, die als Reaktion auf die Gründung der BRD entstanden war, wurde daraufhin Mitglied des Warschauer Vertrages, der wiederum eine Antwort auf die Bildung der NATO darstellte. Wer sich bemühte, konnte bereits damals erkennen, daß die NATO-Ziele aggressiven Charakter trugen. Wer es aber, aus welchen Gründen auch immer, nicht begriff, mußte das heute, wenn auch mit großer Verspätung, endlich verstehen.

In der DDR versah ich viele Jahre meinen Ehrendienst in der NVA. Er war davon geprägt, der Aggressivität der NATO entgegenzuwirken und den Frieden zu schützen. Das war erfolgreich, solange die sozialistische Staatengemeinschaft bestand. Im Lichte der jüngsten Ereignisse wird die Schuld der Gorbatschows und Jelzins noch sichtbarer. Denn nun kann die NATO vorerst schalten und walten, wie sie will. Doch das

letzte Wort der Geschichte ist noch nicht gesprochen. (...)

Anton Kaute, Strausberg

Für die Ausgabe des „RotFuchs“ meinen herzlichsten Dank. Er ist in meinem Umfeld unterwegs. Anbei einen kleinen Unkostenbeitrag von 10 Mark.

Christa Suhr, Berlin

Ich kann Euch - wie bereits viele andere Genossen vor mir - ebenfalls versichern, daß ich jede Nummer mit großem Vergnügen lese. Es ist gut, daß es eine solche Zeitschrift gibt. Den konzeptionellen Überlegungen der Redaktion kann ich nur voll und ganz zustimmen. Damit es nicht nur bei anerkennenden Worten bleibt, bin ich gern bereit, Euch im Rahmen meiner Möglichkeiten zu unterstützen. Einige Briefmarken für den Vertrieb des „RotFuchs“ werden sicher auch willkommen sein.

Es hat uns gefreut, daß wir an einer Versammlung der Gruppe Nordost über das Verhältnis von DKP und PDS teilnehmen konnten. Wir sehen die Dinge ebenso wie viele Genossen, die in der Diskussion gesprochen haben. Es ist wohlthuend unmittelbar zu erleben, daß man mit seinen Auffassungen nicht allein ist.

Prof. Dr. Erich Kundel, Strausberg

Ich danke Euch für die regelmäßige Übersendung des „RotFuchs“ und schicke Euch 30 DM in Briefmarken für die weiteren Ausgaben. Alles Gute für Euch und die Zeitung.

Herzlich

Achim Böhme, Halle

Ein kluger Mann sagte einmal: „Es ist keine Schande, nichts zu wissen, aber eine Schande, nichts lernen zu wollen.“ Deshalb hätte ich gerne eine Auskunft zu Rosa Luxemburg, was sie wirklich gesagt und was sie eventuell an einem Text geändert hat. Ich selbst kenne das Schrifttum von Rosa Luxemburg leider nicht. Zu der Textstelle, um die es geht, habe ich seit Jahren folgende Kenntnis: Die Zeile stammt aus einem Brief. Später soll Rosa Luxemburg den Text widerrufen und neu formuliert haben. Ich gehe spekulativ davon aus, daß der Originaltext lautete „Freiheit ist das Recht anders Denken-der“.

Ende der 80er Jahre - sieben Jahrzehnte nach Rosa Luxemburgs Ermordung - benutzten vom Westen beeinflusste Bürger der DDR eben diesen Satz, um ihn in zumindest aus dem Zusammenhang gerissener Form für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Bei ihnen hieß der Satz: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“. Damit wollte die innere Konterrevolution in der Abstiegsphase der DDR für sich das Recht einfordern, straffrei alle „Freiheiten“ bis zu Diversion und Sabotage eingeräumt zu bekommen. (...)

Später ist der erwähnte Satz von den verschiedensten politischen Kräften immer wieder strapaziert worden. Für die meisten Menschen sind es sicher die einzigen Worte, die sie überhaupt

von Rosa Luxemburg kennen. Was hat sie nun wirklich wann und wo gesagt? Man wird doch mal fragen dürfen!

Klaus Weber, Schwedt

Ich halte ständig Ausschau nach Veröffentlichungen marxistisch-leninistischer Autoren. Sie zu finden, ist nicht so einfach, denn viele „Marxisten“ schreiben unter dem Deckmantel vermeintlicher Wissenschaftlichkeit Dinge, die mit marxistischer Theorie kaum etwas zu tun haben. Beim „RotFuchs“, den ich außerordentlich schätze, habe ich die Gewißheit, daß hier nur das veröffentlicht wird, was den Marxismus-Leninismus nicht verfälscht, ihn vielmehr auf Probleme der heutigen Zeit anwendet. Dafür seinen Autoren Dank und Anerkennung. Anbei 50 DM als Futter für den „RotFuchs“.

Herbert Thomas, Berlin

Daß der kroatische Dichter Nenad Popovic Ende März einen Anerkennungspreis der Leipziger Buchmesse erhielt, ist eine Sache. Eine andere aber ist sein nach Bomben auf Serbien schreiendes Interview für die Leipziger Volkszeitung vom 26.3. Beifall für das NATO-Kriegsverbrechen gegen Jugoslawien.

Reaktionäre Kroaten, die damals durch den Kriegslostreter Genscher (dessen Alleingang selbst die Verbündeten der BRD mißbilligten) zu unverdienter Souveränität gelangten, sollten bei Äußerungen über nationale und internationale Vorgängeliher Zurückhaltung wahren. Ihr Schuldkonto ist nämlich nicht gering. Als deutsche Nazis und italienische Faschisten 1941 den „Staat“ Kroatien schufen, folgte bald darauf ein von der Weltöffentlichkeit damals kaum wahrgenommener Völkermord. Hunderttausende Serben wurden von den kroatischen Ustascha-Leuten hingerichtet. Sie hatten nur den einzigen Makel, ein anderes Gesangbuch zu besitzen und sich anders zu bekreuzigen als die Anhänger des profaschistischen Erzbischofs Stepinac. Und die spätere Mißhandlung und Vertreibung der Serben aus der Kraina ist ja auch kein Ruhmesblatt für den ultranationalistischen Zagreber Kunststaat.

Der in Leipzig geehrte Herr Popovic kann derzeit mit seinen Äußerungen in die Stimmungsmache gegen Milosevic hineinblasen. Die Tatsachen ändert er nicht. Möge er stattdessen als guter Katholik mindestens 500 Rosenkränze für die Opfer der Aggression beten!

Gerhard Moest, Leipzig

Der „RotFuchs“ spricht meine Sprache. Ich bitte deshalb um regelmäßige Zustellung. Auch ich bin der Meinung, daß der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist. Ich bin (noch) Mitglied der PDS, fühle mich dabei aber nicht mehr ganz wohl.

Ein kleiner Obolus liegt bei.

Günter Buschow, Schwerin

Nun ist es raus! Die in den „neuen Bundesländern“ grassierende Ausländerfeindlichkeit hat eine eindeutige Ursache. Ein gewisser Prof.

Pfeiffer brachte es mit seinen Veröffentlichungen auf den Punkt: Die Krippenerziehung in der DDR ist schuld. Und zwar konkret das gemeinsame Auf's-Töpfchen-Gehen. Es hat zur Unterdrückung der Persönlichkeitsentwicklung entscheidend beigetragen und den Grundstock für Aggressionen gelegt, stellte Pfeiffer fest. Kollektiv abgewickelter Stoffwechsel von Kleinstkindern habe „Horden- und Rudementalität“ hervorgerufen. Gegängelt, entmündigt, entmutigt!

Die „freie“ Erziehung in einer „freien“ Schule mit Messer im Rucksack, Gaspistolen und Drogenkonsum - hat diese Verderbnis, die von der DDR-Krippenerziehung ausging, auch in fast zehn Jahren offenbar nicht pädagogisch wirksam bekämpfen können. Nur wer im Säuglingsalter individuell und nicht kollektiv in die Windeln gemacht hat, ist a priori weniger anfällig. So einfach ist das!

Wie heißt es doch in der „Feuerzangenbowle“? Pfeiffer, setzen Sie sich, Sie sind albern.“

Joachim Loeb, Berlin

Herzlichen Dank für die Zusendung der Februar-Ausgabe des „RotFuchs“. Die in den Artikeln vertretenen Standpunkte heben sich in ihrer politischen Klarheit wohltuend von manchen Verlautbarungen „linker“ Zeitungen und „linker“ Parteien ab. Gern würde ich den „RotFuchs“ kontinuierlich lesen. Für die Unkosten anbei ein Verrechnungsscheck über 50 DM.

Dr. Hermann Leihkauf, Berlin

Soeben habe ich die 1. Stufe des Studiums der Nr. 14 des „RotFuchs“ - unserer Zeitung - beendet. Herzlichen Dank und Anerkennung auch für diese Ausgabe. Anbei 10 Briefmarken.

Prof. Dr. Willi Opitz, Potsdam

Wo ist der Thälmann von heute?

Die Frage ist mir gerade in diesen Tagen wiederholt gestellt worden. Wo ist der Thälmann, der die sozialdemokratischen Klassengenossen, als es noch Zeit war, aufforderte, in einer Frage mit den Kommunisten eins zu sein: Bei der Verhinderung des Machtantritts Hitlers. (...) Wo ist der Thälmann, der wie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Wilhelm Pieck die Massen gegen Rüstung, Militarisation und den sich abzeichnenden grausamsten aller Kriege auf die Straßen rief und zum Generalstreik aufforderte? Seine durchdringende, Millionen Werktätige erreichende Stimme würde heute angesichts des Aggressionskriegs der NATO gegen Serbien, angesichts bedrohlicher Entwicklungen im NATO-Staat Deutschland mehr denn je gebraucht. (...) Heinz Schmidt, Königs-Wusterhausen

Als damals ganz einfacher, parteiloser Bürger möchte ich mich zur sozialistischen Verfassung der DDR äußern. (...)

Beim Volksentscheid über sie, der bekanntlich in Kabinen stattfand und bei dem auf dem Zettel ja oder nein angekreuzt werden mußte, stimmten 94,49 Prozent der DDR-Bürger für den vorgeschlagenen Text. Nur 7,35 Prozent waren entweder dagegen oder verweigerten sich einer Teilnahme an der Abstimmung. (...)

Die DDR-Verfassung unterschied sich ganz wesentlich vom Grundgesetz der BRD, das nicht durch Volksabstimmung zustande gekommen ist und bei dem die sozialen Menschenrechte ausgeklammert worden sind.

Besonders wichtig war mir immer Art. 8 der DDR-Verfassung. Sein erster Absatz lautet: „Die allgemein anerkannten, dem Frieden und der friedlichen Zusammenarbeit der Völker dienenden Regeln des Völkerrechts sind für die Staatsmacht und jeden Bürger verbindlich. Die Deutsche Demokratische Republik wird niemals einen Eroberungskrieg unternehmen oder ihre Streitkräfte gegen die Freiheit eines anderen Volkes einsetzen.“

Einen Angriffskrieg, wie ihn die NATO mit offizieller Beteiligung der BRD gegen Jugoslawien unternimmt, hätte die DDR nie geführt.

Wolfgang Nicolas, Brandshagen

Es macht Freude, eine Zeitung zu lesen, die von aufrechten Marxisten-Leninisten gestaltet wird. Es ist nur schade, daß diese intellektuell hochkarätige journalistische Arbeit nur einen kleinen Bevölkerungskreis erreicht, während die vom Großkapital bezahlte Journalie große Teile der Volksmassen manipuliert und geistig deformiert. Ich wünsche dem „RotFuchs“ und seinen Mitarbeitern ein langes Leben und viel Kraft bei der Entlarvung der derzeit in Deutschland herrschenden imperialistischen Machthaber.

Dietmar Petzold, Zachorlau

Mit Zorn und Verzweiflung habe ich die Aggression der NATO gegen Jugoslawien aufgenommen. Die Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie erstmals in ihrer Geschichte aus der Regierungsverantwortung heraus Bomben auf einen unabhängigen Staat abwerfen läßt, ist im höchsten Grade alarmierend. Deutsche Bomber über dem Balkan erinnern mich fatal an die Rolle, die die faschistische Legion Condor in Spanien am Vorabend des 2. Weltkrieges spielte. Ich schäme mich zutiefst, BRD-Bürger sein zu müssen und kann es gedanklich nicht ertragen, daß seit meinem Geburtstag am 24. März Menschen unter deutscher Beteiligung systematisch umgebracht werden! Entschieden fordere ich die sofortige Einstellung des verbrecherischen NATO-Krieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien!

E. Rasmus, Berlin

Den „RotFuchs“ vom März 1999 haben wir erhalten und mit Freude und Erkenntnisgewinn gelesen. Dafür allen Mitarbeitern herzlichen Dank. Die beiliegenden Marken sind ein kleiner Beitrag für Eure Versandkosten.

Inge und Hatto Baumbach, Bargteheide

Mit dem NATO-Überfall auf Jugoslawien wurde die Richtigkeit der marxistisch-leninistischen These, daß Imperialismus und Krieg wie Sozialismus und Frieden zusammengehören, wieder einmal unter Beweis gestellt. Die NATO hat ihr wahres Wesen als Angriffspakt vor aller Welt offenbart. (...)

Besonders erbärmlich ist die Rolle der angeblich rosa-grünen Schröder-Fischer-Scharping-Regierung, die den Luftterror gegen Jugoslawien

mit zu verantworten hat. Es handelt sich hierbei um eben jene „Ideologen der Bourgeois“, die Ulrich Huar im „RotFuchs“ Nr. 14 so treffend beschrieben hat.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Die „RotFüchse“ sind auch für mich eine unverzichtbare Lektüre im Wirrwarr der linken Meinungen. Der PDS habe ich längst Ade gesagt (...) Ansonsten regt sich in der Provinz kaum etwas. Ich vermisse sehr die Berliner Kontakte mit gestandenen Kommunisten und guten Freunden. Anbei meine Briefmarkenspende. Bitte übersendet mir regelmäßig den „RotFuchs“.

Sepp Trupp, Havelberg

*Aus einem Brief Rainer Rupps
an seine Freunde*

Was es mit „Versöhnung“ auf sich hat ...

Allerdings hat mich die Erfahrung der Hetzkampagne gegenüber der so oft von der PDS, aber auch von anderen eingeforderten „Versöhnung“ noch kritischer werden lassen. Hier wird doch nichts anderes verlangt, als daß der Klassengegner sich mit uns aussöhnen soll. Solange es in der PDS noch echte sozialistische „Umtriebe“ gibt, wird es aber dazu auf keinen Fall kommen. Und was sollten wir denn auch mit einer solchen „Versöhnung“?!

Das Kapital und seine Statthalter werden sich erst dann mit ihrem Klassengegner arrangieren, wenn der „alles verbrennt, was er früher angebetet und alles anbetet, was er früher verbrannt hat“, wie es im siebenten Jahrhundert ein christlicher Bischof von einem heidnischen keltischen Fürsten verlangte. Zu diesem Preis wird es hoffentlich nie zur „Versöhnung“ kommen, und ich wünsche mir, das Gerede darum würde endlich aufhören.

Wir wollen nicht Versöhnung, sondern Respektierung. Respektierung der Personen, der unterschiedlichen Biographien, der anderen Weltanschauung. In anderen europäischen Ländern hat sich das Kapital auch nicht mit seinem Klassengegner versöhnt, was der ohnehin nicht will. Aber dort werden Kommunisten und Sozialisten und ihre gewählten Vertreter zumindest respektiert. Hier in Deutschland dagegen respektieren die Herrschaften nicht einmal ihre eigenen Gesetze, wenn es darum geht, Kommunisten und Sozialisten der DDR zu jagen.

Durch die elektronische Revolution in der Wirtschaft braucht das Kapital zu seiner maximalen Verwertung - anders als noch vor wenigen Jahrzehnten - immer weniger Menschen. Folglich braucht es auch immer weniger Rücksicht auf diese zu nehmen. Schluß mit dem Sozialstaat und dafür Marktwirtschaft pur. Entsprechend bildet sich der Staat wieder verstärkt zum geschäftsführenden Ausschuß des Kapitals zurück. Egal, ob unter CDU- oder SPD-geführten Regierungen. Spätestens seit Marx kennen wir diese Zusammenhänge. Wie kein anderer hat er sich darum bemüht, die wahren Kräfte im Staat und in der Gesellschaft unverhüllt hinter der Maske der Phrasen und der Schönfärberei zu entlarven. Deshalb dürfen wir uns heute erst recht nicht verblenden lassen, weder von den Lügen der anderen noch von eigenen Illusionen wie z.B. der Hoffnung auf „Versöhnung“. □

Herzliche Glückwünsche

Wir denken an Dich und senden Dir liebe Grüße!

**Genossin
ERIKA CORRENS**

begeht am 4. Mai ihren
80. Geburtstag.

Lebens- und Kampfgefährtin unseres unvergessenen Prof. Dr. Erich Correns und heutiges bewährten Kommunisten Dr. Herbert Crüger, hat Era in schwerster Zeit den Weg in die Reihen der kommunistischen Partei gefunden.

Wir brauchen Deine Klugheit, Deine Wärme und Deinen Mut!

Herzlich gratulieren Dir die „Rot-Fuchs“-Redaktion und die Nachbargruppe Nordost

Herzlich gratuliert die Gruppe Nordost den Genossinnen und Genossen, die den Reifetest eines weiteren Geburtstages bestehen: **FRANK, HARTWIG, KLED, NORBERT und RENATE.**

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: DKP Berlin-Nordost

VISAP.: Dr. Klaus Steiniger
Teterower Ring 37
12619 Berlin
Tel. (030) 56 13 404

LAYOUT: K. Uwe Langer

STÄNDIGE MITARBEITER:

Lena und Kurt Andrä,
Eberhard Bock,
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Sigmar Eßbach,
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Arno Fleischer,
Walter Florath,
Katrin Hellwig,
Werner Hoppe,
Prof. Dr. Ulrich Huar,
Dieter Itzerott
Monika Kauf,
Gerda Klabuhn,
Prof. Dr. Eike Kopf,
Wolfgang Metzger,
Frank Mühlefeldt
Rainer Rupp,
SHAHAR,
Harry Schmitt,
Karl-Eduard v. Schnitzler,
Dr. Hartwig Strohschein,
Dr. Hans-Günter Szalkiewicz,
Rolf Vellay

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen und Wertungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

TERMINE & VERANSTALTUNGEN

Am 8. Mai 1999 um 10.00 Uhr
findet am Mahnmal für die Gefallenen der Sowjetarmee anlässlich des

50. Jahrestages

der Einweihung dieser Gedenkstätte eine Kundgebung gegen Krieg und Faschismus statt.

Es spricht: **Bezirksbürgermeister SIEGFRIED STOCK (SPD)**

Es singt der **Ernst-Busch-Chor**

Um 13.00 Uhr erfolgt eine Kranzniederlegung am Ehrenmal im Tiergarten.

ARMIN STOLPER

Erlerner Beruf: DDR-Dramaturg

Um mein Scherflein beim Aufbau des Kombines „Schwarze Pumpe“ zu leisten, das in den fünfziger Jahren zwischen Spremberg und Hoyerswerda entstand, begab ich mich in der Spielzeitpause für einige Wochen auf die besagte Großbaustelle der Republik. Ich wollte die Werktätigen, für die wir ja Theater machten, hautnah erleben, um später von ihren Bedürfnissen berichten zu können.

Bei meiner Einstellung hatte ich im zuständigen Büro ein gewisses Vertrauen zu überwinden. In meinem Personalausweis stand hinter den Worten **ERLEARNTER BERUF: KEINER**. Das machte die sozialistischen Leiter mißtrauisch, und ihr Mißtrauen schwand auch nicht vollends, als ich ihnen sagte, daß ich vom Senftenberger Theater käme und dort als Dramaturg arbeitete. Als einer, der sein Studium vorzeitig abgebrochen hatte, konnte ich nicht gut meinen jetzt ausgeübten Beruf als Erlernen ausgeben. Das war den Genossen zu spitzfindig. Also was bist du nun, Dramaturg oder bist du keiner? Sie waren gewöhnt, daß in ihr Goldgräbermilieu allerhand bunte Vögel und schräge Typen kamen, die hier das große Geld witterten. Daß sich einer vom Theater hierher und noch dazu freiwillig verirrt, ließ sie schon mißtrauisch blicken. Wenn da ganze Kolonnen von Häftlingen in ihrer gestreiften Arbeitskluft unter den wachsamen, aber nicht unfreundlichen Blicken ihrer Aufseher die schweren Ausschachtarbeiten mitmachten, da war alles klar, aber bei Künstlern konnte man nie wissen.

Heute allerdings, also mehr als vierzig Jahre später, falls mich irgendein Beamter nach meinem Erlernen und - wie ich hoffe - auch nicht verlernten Beruf fragen würde, könnte ich ihm, ohne mit der Wimper zu zucken, darauf antworten: **DDR-Dramaturg**. Und ich denke, ich hätte allen Grund dazu.

(Aus: „Wir haben in der DDR ein ganz schönes Theater gemacht!“)

Am 13. April 1999 verstarb nach langer schwerer Krankheit im Alter von 84 Jahren

Genosse Willi Stoph

Wir ehren das Andenken des Wirtschaftspolitikers, führenden Militärs und antifaschistischen Staatsmanns, der sich bleibende Verdienste um die Deutsche Demokratische Republik - den deutschen Friedensstaat erworben hat.

„RotFuchs“-Redaktion
und DKP Nordost



**Spalte Atom
für Essen!**